

März/April 2026
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Alle Räder stehen still...

Streik bei Stadtbus Winterthur – Streik beim Kanton Waadt
Jeder Franken fehlt: Der Kampf gegen Sparen bei der Bildung

Entspannter an morgen denken. Mit unseren Vorsorgelösungen.

VPOD-Mitglieder profitieren:

25%*

Rabatt auf eine Pensionsplanung.



Ob klassisches Sparen mit dem Vorsorgekonto 3 oder langfristiges Investieren mit zusätzlichen Renditechancen: Sorgen Sie flexibel und bequem vor und sparen Sie dabei Steuern. cler.ch/vorsorge

Zeit, über Geld zu reden.

* Der Rabatt ist gültig, wenn Sie Wertschriften von mindestens 50'000 CHF oder eine Hypothek bei uns haben.

Bank
Banque
Banca

CLER

Ich will VPOD-Mitglied werden!

- Ich möchte dem VPOD beitreten.
- Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.

Vorname/Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Arbeitsort: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit!



Wir finden: Der nächtliche Bereitschaftsdienst im Kinder- und Jugendheim ist Arbeitszeit! **Auch dieser Ansicht?**



Jetzt Petition unterschreiben!

Themen des Monats

- 5 Das Lauberhorn bleibt**
Volksabstimmungen und Wahlen am 8. März: eine Bilanz
- 6 Jeder Franken fehlt**
Forscherinnen und Studenten verlangen eine Rücknahme beschlossener Abbaumassnahmen
- 7 Eine Stätte der Möglichkeiten**
Verbandskonferenz-Hauptreferent Fitzgerald Crain sieht die Schule als Beziehungsraum
- 9 Auf ein Glas Chasselas (oder Merlot)**
Die neue Generalsekretärin auf Kennenlerntour jenseits von Röstigraben und Polentaberg
- 11–20 Dossier: Streik!**
Streik bei Stadtbus Winterthur und im Kanton Waadt
Zwischen Krieg und Schach
Ein Blick in die Vergangenheit
- 21 Zweifach ausserhalb**
Ausstellung über Saisoniers in der Zürcher Photobastei

Rubriken

- 4 Gewerkschaftsnachrichten**
- 8 Antonia W. Fleischmann:** Die Verreiser
- 10 Aus den Regionen und Sektionen**
- 22 Wirtschaftslektion:** Der Brexit als Warnung
- 23 Wettbewerb:** Emoji Nr. 1
- 24 VPOD aktuell**
- 25 Hier half der VPOD:** Wiedereingliederung gescheitert
- 26 Solidar Suisse:** 1968, digital
- 27 Menschen im VPOD:** Anja Ibkendanz, Programmverantwortliche Asien, Solidar Suisse, Zürich

Redaktion/Administration:

Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 2, März/April 2026
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Durch null

Es war an einem Dienstagmorgen im April. Vielleicht war es auch ein Mittwoch im Mai. Jedenfalls betrat Herr Schweri, unser Sekundarlehrer, das Klassenzimmer und wendete die Wandtafel. Es erschien ein Bild, das er wohl in der Pause davor gemalt hatte. Es stellte ein Verkehrsschild dar. Ein Verbotsschild, um genau zu sein. In der weissen (wandtafelhalber schwarzen) Fläche im roten Ring war schwarz auf weiss (wandtafelhalber weiss auf schwarz) zu lesen: «: o». Zwei Dutzend Gesichter verwandelten sich in Fragezeichen. «Nehmt euer Mathematikheft hervor», sagte Herr Schweri, «und zeichnet das ab. Und schreibt es nochmals in Worten darunter: Die Division durch null ist verboten.» Zwei Dutzend Köpfe beugten sich über ihr Heft. Einigen war allerdings anzusehen, dass sie, von Pubertätshormonen durchwallt, bereits ernsthaft den Frevel wider das Verbot erwogen. «Sind wir uns einig?», fragte Herr Schweri. «Die Division ist die Umkehrung der Multiplikation. 3 mal 2 ist 6, also muss umgekehrt 6 durch 2 das Resultat 3 haben. Nicht wahr?» Niemand widersprach. «Dann probiert das jetzt mal mit o.» Man sah sich runzelnde Stirnen. Herr Schweri lächelte. «Wenn 1, durch o geteilt, eine Zahl namens x ergeben sollte, dann müsste dieses x, mit o multipliziert, 1 als Resultat haben», sagte Herr Schweri. Zwei Dutzend Köpfe nickten. «Eine solche Zahl gibt es nicht.» Man kann es auch so sagen: Die Division durch null ist nicht zweckmässig; sie liefert kein sinnvolles Ergebnis. Einem ähnlichen Phänomen bin ich später im Studium begegnet. Die Frage «Was wäre gewesen, wenn...» sei in der historischen Wissenschaft nicht erlaubt, verkündete die Dozentin im Proseminar I. Erster Impuls auch da: Auflehnung. Und natürlich ist das Werweissen über einen anderen Verlauf der Geschichte nicht untersagt. Es hat nur kein Resultat zur Folge, das wissenschaftlichem Anspruch genügt. Was beispielsweise wäre geschehen, wenn Maurice Bavaud am 9. November 1938 eine Lücke im Wald der hitlergrüssend gereckten Arme gefunden und den Führer erschossen hätte? Oder wenn, ein knappes Jahr später, der Attentatsversuch von Georg Elser im Münchner Bürgerbräukeller erfolgreich gewesen wäre? Hitler hätte nur 13 Minuten länger im Saal bleiben müssen. Statt seiner starben sieben Vollblutnazis und eine unschuldige Aushilfskellnerin. Oder dann der 13. Juli 2024. Ob ein Schuss das Ohr oder das Hirn trifft, ist auf 120 Meter Distanz nur durch ein μ unterschieden. Und wenn der Redner (ein gewisser Trump) nicht gerade den Kopf gewendet hätte, um auf ein eingeblendetes Diagramm zu zeigen... Die Division durch null ist verboten.



Nach Prämien- jetzt Franchise-Hammer?

Sorge Nummer 1 der Bevölkerung sind die Krankenkassenprämien. Die Haushalte sind am Anschlag. Aber statt Entlastung plant Bundesbern das genaue Gegenteil: Mit der KVG-Revision, wie sie vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegeben wurde, soll die Mindestfranchise massiv erhöht werden. Dieses Ansinnen ist realitätsfremd und komplett unsolidarisch. Eine höhere Mindestfranchise würde vorab Ältere sowie Chronischkranke treffen. Auch schadet die Massnahme der öffentlichen Gesundheit insgesamt, weil immer mehr Leute auf notwendige Konsultationen und Therapien verzichten, um zu sparen. Die Vorlage bringt also unnötiges menschliches Leid und höhere Kosten für alle. Der SGB wird sie bekämpfen. | [sgb](#)

Mehr Lohn bei Toblerone

In der Toblerone-Fabrik, die dem Multi Mondelez (ehemals Kraft, Jahresumsatz 36 Milliarden Dollar) gehört, gab es in den letzten Jahren immer wieder Stunk. Jetzt meldet die Unia einen guten Abschluss: Die Löhne werden in Bern-Brünnen um 1,5 Prozent erhöht – klar über der Teuerung. Damit werde ein grosser Teil des Nachholbedarfs der letzten Jahre ausgeglichen, schreibt die Unia; die Beharrlichkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter habe sich ausgezahlt. Üppig ist die Bezahlung dennoch nicht, wie häufig in der Lebensmittelindustrie. | [slt/unia](#) (Foto: Ashley Pomeroy/Wiki CC)

Einen kleinen Zacken zugelegt: Lohn bei Toblerone.

Eine grosse Lücke geschlossen: Arbeitslosengeld für Schwangere.

Lücken für arbeitslose Schwangere schliessen

Der SGB begrüsst das klare Votum des Parlaments, die Lücken in der Arbeitslosenversicherung für schwangere Frauen zu schliessen und damit eine empörende Ungerechtigkeit zu beseitigen. Eine Motion, der zuvor schon der Ständerat zugestimmt hatte, ebnet den Weg: Frauen sollen nicht länger ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung verlieren, wenn ihr Anspruch auf Taggelder in der Zeit der Schwangerschaft ausläuft, wo sie ohnehin kaum vermittelbar sind. Auch soll die Anzahl der Taggelder erhöht werden. Bisher fielen jährlich ungefähr 500 Frauen im Jahr durch die Maschen. Die zusätzlichen Kosten sind gering: 8 Millionen (von insgesamt 7 Milliarden) Franken. | [slt](#) (Foto: yacobchuc/iStock)

Nach Rückzug: Kinderbetreuung bleibt Baustelle

«Der bedingte Rückzug der Kita-Initiative darf nicht zu einem Abbau des politischen Drucks führen. Die Krise in der Kinderbetreuung ist ungelöst – und sie trifft insbesondere auch das Personal.» Dies betont der VPOD, der es bedauert, dass die Initiative nicht zur Abstimmung gelangt. Der Gegenvorschlag setzt zwar ein politisches Signal, bleibt jedoch weit hinter dem zurück, was die Branche dringend braucht. Er enthält namentlich keine verbindlichen Qualitätsstandards und keine Lohnvorgaben, geht also die strukturellen Probleme der Branche nicht an. | [slt](#)

Mindestlöhne: Föderalismus ausgehebelt

Der Ständerat will – wie auch der Nationalrat – kantonale Mindestlöhne ausbremsen. Betroffen wären namentlich Beschäftigte im Gastgewerbe, im Detailhandel, in Coiffeursalons oder in der Reinigung. Dass nationale Gesamtarbeitsverträge die kantonalen Regelungen brechen sollen, ist aus Sicht der Gewerkschaften eine Missachtung der Verfassung und des Föderalismus. Die Schwächung des Lohnschutzes ist auch im Hinblick auf die anstehenden Europa-Abstimmungen ein Problem, weil sie die erfolgreiche sozial flankierte Öffnungspolitik gefährdet. | [vpod](#)

Mehr Sonntagsarbeit, weniger Lohn

Die Kommission desselben Rates will den Schutz der Arbeitnehmenden auch am Sonntag abbauen. Bisher waren vier Arbeitssonntage pro Jahr bewilligungsfrei möglich; auf Drängen des Kantons Zürich sollen es zwölf werden. Diese Ausweitung ist verkehrt, weil die Arbeitsbedingungen im Detailhandel schon heute schwierig sind. Das Plenum des Ständerats berät die Vorlage nach Redaktionsschluss dieses Magazins. | [vpod/unia](#)

Volksabstimmungen und Wahlen am 8. März: eine Bilanz

Das Lauberhorn bleibt

Dass die Initiative zur Halbierung der SRG mit 62 Prozent Nein versenkt wurde, ist die erfreulichste Botschaft des Abstimmungswochenendes. Dagegen ist angesichts der brutalen Ablehnung des Klimafonds unklar, wie die Schweiz jemals die ökologische Kurve kriegen will. | Text: Christoph Schlatter (Foto: RyanJLane/iStock)

Es war ein starkes Stück: Ausgerechnet die Partei, die das Schweizerkreuz auf Plakat und Zunge führt, wollte Lunte legen an den Kern helvetischen Zusammenhalts. Sie wollte eine nationale Willenseinrichtung sprengen, eine Anstalt, die kraft der Solidarität über Sprachgrenzen hinweg die Schweiz zusammenhalten hilft. Ohne die «Serafe»-Gebühr und den zugehörigen Finanzausgleich könnte man für die rätoromanische Schweiz gar kein Fernsehen machen und für die italienische Schweiz keines, das nach Fernsehen aussieht. Auch das Schweizer Film- und das Musikschaffen wären ohne SRG, die zuverlässig Produktionen unterstützt und Produziertes durch den Äther schickt, kaum überlebensfähig.

Wo bleibt das Tessin?

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben das verstanden und den Service-public-Gedanken gestärkt. Sie haben sich auch nicht durch eine vermeintliche Ersparnis von 100 Franken verleiten lassen; das Hunderternötl wäre ohnehin schnell aufgebraucht gewesen, wenn man davon den Ski-Weltcup und die Fussball-WM im Bezahlfernsehen hätte kaufen müssen. Wichtig ist der Entscheid im Hinblick auf die Entwicklung der Medienlandschaft überhaupt. Das Beispiel der USA zeigt, was geschieht, wenn Private zu viel Informationsmacht besitzen und es niemanden mehr gibt, der Fragen stellt und Fakten checkt. Bedauerlich ist nur, dass Bundesrat Albert Rösti eine massive Kürzung des SRG-Budgets am Volk vorbei bereits zuvor verfügt hat – angeblich, um der Initiative Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Abbau von gegen 1000 Stellen bei der SRG ist real und findet statt.

Auffällig ist das Resultat aus dem Kanton Tessin, wo übrigens auch eine kantonale

Anti-Lohndumping-Initiative Schiffbruch erlitt: Das Nein zur SRG-Kastration war dort – im grössten Nehmer-Kanton – mit 53,3 Prozent nur lauwarm. In Graubünden, das ebenfalls überproportional von den Gebühren profitiert, liegt der Nein-Anteil mit 63,7 Prozent Nein-Stimmen über dem Schnitt. Und die Folgen? Die Ankündigung des Medienministers, auch inhaltlich bei der SRG-Konzession, also beim Kernauftrag, Konzessionen zu machen, sind mit dem klaren Wählervotum «halt- und rückhaltlos», wie der SGB zutreffend bemerkt.

Die Vorlage zur Individualbesteuerung wurde letztlich mit wenig Euphorie angenommen; auch der einstige feministische Support ist weitgehend weggebröckelt, vor allem wegen der mit der Vorlage verbundenen Steuerausfälle. Wäre die Vorlage eine ständemehrpflichtige Initiative gewesen, wäre sie an den konservativen Kleinkantonen gescheitert. Eher irritierend ist, dass der Klimafonds lediglich 29 Prozent Ja-Stimmen machte. Noch nicht einmal Basel-Stadt hiess die Vorlage gut. Die Frage muss erlaubt sein: Wie bitte möchte die Schweiz die ökologische Kurve kriegen, wie dem Klimawandel begegnen, wenn sie per Volksabstimmung die notwendigen Weichen nicht umgestellt bekommt? Ohne massive Investitionen in das Energie- und Mobilitätssystem wird es nicht gehen, ebenso wenig – das betont der SGB besonders – ohne soziale Abfederung. Man wird ein paar Milliarden zusätzlich in die Hand nehmen müssen zugunsten der zu-



Fernsehen gerettet: Die Ablehnung der Halbierungsinitiative war von erfreulicher Deutlichkeit.

künftigen Generationen. Aufschub macht die Sache bestimmt nicht billiger.

Zweite Wahlgänge da und dort

Aus VPOD-Sicht sind auch einige Resultate von Wahlen von Interesse, speziell aus Gebieten, wo zuvor vom VPOD geführte Streiks stattfanden. In der Waadt muss SP-Staatsratskandidat Roger Nordmann, der Rebecca Ruiz beerben will, in eine weitere Runde. Zu einem zweiten Wahlgang kommt es auch in Winterthur: Im Kampf ums Stadtpräsidium liegt Stefan Fritschi (FDP), der den Streik bei Stadtbus egozentrischerweise als eine auf ihn zielende Attacke interpretiert, knapp hinter Kaspar Bopp (SP) zurück. Interessant ist zudem eine Weichenstellung im «Grossen Kanton»: In Baden-Württemberg gewinnen die Grünen; sie stellen mit Cem Özdemir den ersten Secondo-Ministerpräsidenten ever. Das ist ein positives Signal. Angekommen! Endlich! Dafür sorgen die 5,5 Prozent der SPD für Erschütterung – schlechtestes Landtagswahlergebnis aller Zeiten!

Studierende und Forschende verlangen eine Rücknahme beschlossener Abbaumassnahmen

Jeder Franken fehlt

Die Verbände und Gewerkschaften im Hochschulbereich warnen vor dem vom Bundesrat beschlossenen Sparhammer im Bildungs- und Forschungsbereich: «Jeder gekürzte Franken fehlt», sagen VSS, VPOD und Swissfaculty, also Studierende, Mittelbau und Professorenschaft. | Text: VPOD (Foto: skynesher/iStock)



Lernen für die Zukunft: Bildung darf nicht kurzfristiger Profitlogik unterworfen werden.

überleben. Eine noch stärkere Belastung heisse nichts anderes als die Einführung sozialer Selektion. Das Studium würde so zum Privileg. Actionuni, die Dachorganisation des akademischen Mittelbaus, weist vor allem auf die Schieflage hin, die den geplanten Kürzungen innewohnt. Sie träfen ausgerechnet den akademischen Mittelbau – Doktorierende, Postdocs, Dozierende und wissenschaftliche Mitarbeitende – unverhältnismässig stark, obwohl gerade dort nachweislich am häufigsten prekäre Verhältnisse herrschen. In den Chor stimmt auch Swissfaculty ein: Die Konferenz der Hochschuldozierenden erachtet die vom Bundesrat vorgeschlagenen Budgetkürzungen als zu weitgehend und als kurzsichtig. Sie stellt klar: «Es ist die Aufgabe des Parlaments, dies zu korrigieren.»

Seit der Ankündigung des sogenannten Entlastungspakets 2027 durch den Bundesrat haben sich Studierende sowie Lehr- und Forschungspersonal entschieden gegen Kürzungen gewehrt, die den Zugang zum Studium, die Qualität der Forschung und die Arbeitsplätze vieler Forschender gefährden. In der ganzen Schweiz fanden Demonstrationen statt, eine Petition wurde beim Bundesrat eingereicht, und zahlreiche Briefe fanden den Weg zu Angehörigen der Parlamentskommissionen. Die Proteste wurden von einem ebenso entschlossenen Widerstand der Bildungs- und Forschungseinrichtungen (Swissuniversities, SNF, Innosuisse, Akademien der Wissenschaften, ETH-Rat) begleitet.

Ablehnung bekräftigt

Die Akteurinnen und Akteure der Schweizer Hochschulen lehnen die unsinnigen und gefährlichen Budgetkürzungen, die

auf der Grundlage eines einzigen Expertenberichts und ohne vorherige Konsultation der Betroffenen beschlossen wurden, einhellig ab. Diese Massnahmen stellen eine schwerwiegende Bedrohung für die Arbeitsbedingungen dar, sie verstärken die Prekarität und beeinträchtigen sowohl die Qualität als auch die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Anlässlich der Eröffnung der parlamentarischen Frühjahrs-session, in der die Diskussionen über das unpassend benannte «Entlastungspaket» fortgesetzt werden, haben die Verbände und Gewerkschaften der Studierenden, des Mittelbaus und der Professorenschaft ihre Ablehnung bekräftigt.

Der VSS, der Verband der Schweizer Studierendenschaften, betont die unerwünschten Folgen, die eine Erhöhung der Studiengebühren mit sich brächte. Schon heute arbeiteten über 70 Prozent der Studierenden neben dem Studium – um zu

Für öffentliche Forschung

Bildung ist eine grundlegende Aufgabe des Staates, die nicht der Logik kurzfristiger Rentabilität unterworfen werden darf: Dies ist seit je das Credo des VPOD. Die Gewerkschaft setzt sich langfristig für gebührenfreie Studien, für eine ausreichend öffentlich finanzierte und unabhängige Forschung sowie für gute und sichere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ein. Das Entlastungsprogramm 2027 steht diesem Anspruch fundamental entgegen. Es setzt eine Sparpolitik fort, die bereits mit der BFI-Botschaft begonnen hat. Und es verschärft den Druck auf Studierende sowie auf das Lehr- und Forschungspersonal weiter. Für den VPOD ist klar: Auch reduzierte Kürzungen bleiben Kürzungen. Der Verband lehnt das Entlastungsprogramm in seiner Gesamtheit ab. Es braucht *mehr*, nicht weniger Mittel für Bildung und Forschung, für stabile Anstellungen und eine umfassende Stärkung des Service public.

VPOD-Verbandskonferenz in Freiburg: Hauptreferent Fitzgerald Crain sieht die Schule als Beziehungsraum

Eine Stätte der Möglichkeiten

Die Berichterstattung über die VPOD-Verbandskonferenz Bildung Erziehung Wissenschaft folgt in der kommenden Ausgabe. Einstweilen ein Blick – via Buch – in die Gedankenwelt des Hauptreferenten, Fitzgerald Crain, der die Schule zwar nicht als Weltretterin, aber doch als Möglichkeitsraum sieht. | Text: Christoph Schlatter (Foto: pepifoto/iStock)

Fitzgerald Crain ist in New York geboren und kam als kleines Kind in die Schweiz. Jahrzehntlang wirkte er als Erziehungsberater in Heimen und lehrte an der Universität Basel und der PH der FHNW. Der WOZ (4.12.25) sagte der 82-Jährige, dass Corona an der «späten» Publikation schuld sei: «Ich hatte Zeit und eine grosse Sehnsucht, mich mit den Themen zu befassen, die meine Arbeit als Hochschuldozent geprägt haben.» Im WOZ-Interview liefert er auch einen Nachtrag zu der Anekdote, mit der er sein Buch einleitet: Eine gestalterische Arbeit – eine Aquarell-Scherenschnitt-Kombination zum Thema Halloween – eines Drittklässlers wird nach allen Regeln der Kunst von der Lehrerin benotet. Oder entwertet.

Nur scheinbar objektiv

Passender Hintergrund? Vielfältige Figuren? Umgang mit der Schere? Kreativität und Originalität? Am Ende kommt Pascal, der als bester Zeichner der Klasse gilt, auf 22 von 26 Punkten und erhält das Prädikat «mittlere Anforderungen erfüllt». Tiefe Enttäuschung. Überzogenes Messen und Vergleichen – für Crain sind die Linken mindestens mitverantwortlich dafür, weil sie die musischen Fächer aufwerten und mit Noten legitimieren wollten. Es ist wie beim Eiskunstlauf: Die Benotung ist zwar nicht mehr, wie einst, sichtbar subjektiv. Aber die Objektivität ist nur scheinbar. Allein schon die aufgestellten Kriterien lassen sich hinterfragen. (Da Vincis «Mona Lisa» zeichnet sich schliesslich auch nicht durch Figurenvielfalt aus. Und hat sie wirklich den passenden Hintergrund?) Allerdings plädiert auch Fitzgerald Crain nicht für die totale Abschaffung jeglicher Leistungsbeurteilung. Aber doch für eine sehr deutliche Reduktion. Insbesondere wendet er sich gegen die um sich greifende

Vermessung und gegen Bildungsrankings, die aus seiner Sicht Elemente einer globalen Ökonomisierung der Schule darstellen – und die auch eine «innere Ökonomisierung» nach sich ziehen. Die Schülerinnen und Schüler lernten so, «dass es darauf ankommt, Leistungen primär deshalb zu erbringen, damit sie belohnt werden» und kämen dabei «zum Schluss, dass das, was nicht bewertet oder was nicht materiell belohnt wird, weniger oder nichts wert ist». Zum konkreten Fall erfahren wir aus der WOZ: «Der Junge, den ich beschreibe, hat auch in der Freizeit gern gemalt. Nach diesem Erlebnis hat er damit aufgehört.»

Mit dem Leitmotiv «Beziehungen» analysiert Fitzgerald Crain die Stellung der Schule in der Welt. Lernen nämlich geschieht, das ist klar, nicht, indem man Wissen durch einen Trichter in Kinderhirne schüttet. Sondern durch Interaktion, durch Austausch. Craig ist es wichtig zu betonen, dass der Kapitalismus, der Beziehungen zu instrumentalisieren und dem Marktprinzip zu unterwerfen pflegt, keineswegs unser ganzes Leben beherrscht; Konkurrenz und privates Gewinnstreben durchdringen das System nicht vollständig. Mithin auch die Schule nicht. Sie bleibt in Craigs Sicht, trotz der geschilderten Tendenzen, ein «Ort gesellschaftlicher Widersprüche». Sie entspricht zwar nicht vollständig dem idealen «Begegnungs-, Emanzipations- und Reso-

nanzraum», aber ebenso wenig ist sie eine Stätte, in der alles und jedes der Kontrolle und der Selektion unterworfen ist.

Gemeinsames Lernen

Den Spielraum gelte es zu nutzen und zu verteidigen – für eine «Schule für alle», die mindestens bestrebt ist, gesellschaftliche Ungleichheit nicht einfach zu reproduzieren, für «eine Schule ohne Selektion während der Volksschulzeit, eine Schule ohne Leistungszüge auf der Stufe I der Sekundarschule». Das heisse nicht, dass man leistungsstarke Kinder hängen lasse oder dass es keinerlei Separation geben dürfe. Aber entscheidend sei, dass «Menschen mit unterschiedlichen Begabungen, mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Interessen zusammen lernen und dieses gemeinsame Lernen als zentralen Wert erfahren». «Die Schule rettet die Welt nicht», sagt Crain. Aber sie bleibt ein «Möglichkeitsraum».

Fitzgerald Crain Kaufmann (Hrsg.): *Beziehungsraum Schule. Bildung zwischen Freiheit und Kontrolle*, Zürich (Edition 8) 2025.



Hauswartberufe überarbeiten

Die Berufsprüfung «Hauswart:in» wird erneuert. Auch für die Totalrevision der höheren Fachprüfung «Hausmeister:in» hat das SBFJ grünes Licht gegeben. Die Berufsprüfung ist etabliert: jährlich werden rund 250 Fachausweise ausgestellt. Dennoch ist eine Überarbeitung nötig, damit sich der Beruf am Markt halten kann. Derzeit umfasst die Prüfung sechs Stationen, an denen theoretische und praktische Kenntnisse in Reinigung, Gebäudeunterhalt, Gebäudetechnik, Bewirtschaftung von Aussenanlagen, Administration und Kommunikation unter Beweis zu stellen sind. Auch während der Totalrevision findet diese Prüfung statt. Die derzeit ruhende höhere Fachprüfung wird dagegen voraussichtlich stärker um-

gestaltet – neu positioniert und mutmasslich auch neu benannt. Der Bestandteil «Meister:in» sollte ursprünglich eine Analogie zu traditionellen Gewerbeberufen («Bäckermeister») sein, verfehlt aber seine Wirkung, weil «der Hausmeister» im allgemeinen Verständnis schwächer konnotiert ist. Die Digitalisierung der Arbeitswelt wird sich in den neuen Profilen ebenso niederschlagen wie die gesteigerten Anforderungen an die Ökologie. Für den VPOD ist wichtig, dass die Berufe nicht zu reinen



Neu zu arrangieren:
Berufe der Hauswartung.

2029. Der VPOD, in beiden Trägerschaften vertreten, organisiert vor allem Hauswartungsdienstleistungen – ihre Bezeichnungen vor Ort sind unterschiedlich – in Schulhäusern. In Bern gibt es auch eine stattliche Gruppe Sigristinnen und Sigriste. | slt (Foto: vpod)

Bildschirm-Jobs verkommen; persönliche Präsenz und kommunikatives Geschick wird es weiterhin vor Ort brauchen. Geht alles nach Fahrplan, fällt der Erlass der neuen Prüfungsordnungen in den Herbst 2028; die ersten «neurechtlichen» Prüfungen wären demnach

Antonia W. Fleischmann Die Kratzbürste im System

Die Verreiser

Ich muss jetzt endlich auch auswandern. Es hat sich unterdessen eingebürgert, dass die halbe Schweiz kurz vor den Wahlen jeweils das Land für immer zu verlassen droht, sollte das Ergebnis nicht mit den eigenen Vorlieben übereinstimmen. Wenn man ihre Drohungen ernst nimmt, müsste sich der Grossteil meiner Bekannten längst in Norwegen oder Kanada befinden. Und trotzdem sind sie immer noch hier. Vermutlich haben sich ihre Pläne in letzter Sekunde geändert, oder sie haben erkannt, dass die politische Debatte im Land ohne ihre Teilnahme verarmen würde, und sich für eine weitere Kadenz erbarmt. Ausserdem: Was wollen sie überhaupt in Kanada? Oder Oslo? Oder Managua, Nicaragua? Sie kennen dort ja gar niemanden. Am Ende sitzen sie auch wieder nur vor dem Compi und tippen wutentbrannte Nachrichten, in denen sie mit ihrer baldigen Rückkehr drohen. Und wenn sie den Koffer schon in der Hand halten, taucht plötzlich die Frage auf: Und was wird aus meiner AHV? Worauf sie den Koffer wieder auspacken. Ich will den Wert solcher Posts gar nicht schmälern. Sie verlangen ein gewisses Engagement, und schliesslich könnte man in derselben Zeit viel Dümmeres tun. Verschwörungstheorien verbreiten oder Nerzmäntel im Internet bestellen. Moralisch sind diese Efforts so tadellos wie der omnipräsente Arafat-Schal in den Neunzigern. Ein Accessoire für gute Leute. Was immer noch tausendmal besser ist als ein Accessoire für Schurken wie der rote Trumpf-Cap. Als Lebensethos ist es vollkommen in Ordnung, ein guter Mensch sein zu wollen. Es ist nur so, dass es immer die anderen sind, die gehen. Geflüchtete, beispielsweise. Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Sans-Papiers. Menschen, die in der Regel nicht auf Facebook mit



Antonia W. Fleischmann ist eine Figur des Schriftstellers Lukas Linder. Er lebt in Polen und in der Schweiz.

ihrem Abgang drohen. Vielmehr verschwinden sie ganz von alleine. Wer nichts zu befürchten hat, der darf alles wagen. Und wagt doch meistens nichts ausser einem dramatischen Post in den sozialen Netzwerken. Danach kann er ruhig schlafen gehen, weil er weiss, dass er in einer Welt aufwachen wird, die noch genauso aussieht wie am Abend zuvor – ausser dass er ein paar mehr Likes auf dem Konto hat und eine Freundschaftsanfrage von einem gewissen Jean-Jacques Bitterli, Managua, Nicaragua. Das mag etwas ungerecht klingen, zumal von einem Menschen, der die Feigheit für sich gepachtet hat. Der einzige Abgang, mit dem ich drohe, ist mein

eigener. Und mein politisches Engagement hält sich in Grenzen, wenn man von diesem einen Auftritt in der Wagenburg absieht, als ich angefacht vom revolutionären Klima so viel Linsencurry gegessen habe, dass ich danach eine Woche unter Verstopfung litt. Aber ich habe ein paar Jahre im Ausland gelebt und weiss daher, dass manche Probleme schrumpfen, wenn man sie aus der Ferne betrachtet. Man erkennt auf einmal, dass sie nicht der Rede wert sind, wenn man sieht, womit die Menschen in anderen Ländern so zu kämpfen haben. Und dass keine Probleme zu haben ein Luxus ist, den man nicht beklagen sollte.

In diesen Tagen habe ich die Rede gelesen, die der ukrainische Dichter Serhij Zhadan auf der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten hat. Er erzählt von eiskalten Kriegswintern, seinen Nachbarn, die in ihren Wohnungen nicht zu erfrieren versuchen, und dass niemand weiss, wann die Dunkelheit endet. Und dann kommt der unglaubliche letzte Absatz, in dem er schreibt, wie schön das Leben doch eigentlich wäre und dass man das nie vergessen soll. Kein Wort darüber, das Land zu verlassen.

Ihre Toni Fleischmann.

Die neue Generalsekretärin auf Kennenlerntour jenseits von Röstigraben und Polentaberg

Auf ein Glas Chasselas (oder Merlot)

Die neue VPOD-Generalsekretärin Rebekka Wyler erbt historische Konflikte. Ihr Rezept: sich kennenlernen. Gleich bei Amtsantritt fuhr sie in die anderen Landesteile. Ein politischer (und kulinarischer) Reisebericht.

| Text: Rebekka Wyler (Foto: Plateresca/iStock)

Eigentlich gibt es nur *einen* VPOD: eine gesamtschweizerische Organisation, die zwar in Regionen, Sektionen und weitere Einheiten aufgeteilt ist, aber eine einzige Rechtspersönlichkeit darstellt. Gleichzeitig gibt es viele VPODs. Jede Region hat ihre Eigenheiten, und die Landesteile unterscheiden sich teilweise fundamental – im Verständnis, was eine Gewerkschaft ist, wie sie funktioniert und wie sie auftritt.

Als neue Generalsekretärin ist es mir ein Anliegen, diese Vielfalt kennenzulernen und mich vor Ort mit Angestellten wie auch mit den Mitgliedern auszutauschen. Mein Büro liegt zwar in Zürich, aber das Zentralsekretariat hat einen zweiten Standort in Lausanne. Im Februar habe ich einen Tag vor Ort verbracht und mit allen Mitarbeitenden dort gesprochen. Um den Klischees gerecht zu werden: Zum Zmittag gab es eine feine «Choucroute» (eng verwandt mit der Berner Platte) in einer Brasserie unterhalb des Bahnhofs, und ein Glas Weisswein durfte auch nicht fehlen. Doch es geht hier nicht um Folklore. Es geht darum, die Menschen vor Ort kennenzulernen und zu verstehen, wieso sie nicht immer gleich ticken wie wir in der Deutschschweiz. Und dass nicht alles, was für uns selbstverständlich ist, ennet der Saane ebenso klar ist.

Die Unterschiede zwischen Sprachregionen und Kantonen sind manchmal überraschend gross. Wichtig ist, dass wir an jedem Ort die Mittel und Wege wählen, die unsere Mitgliedschaft effektiv unterstützen – das müssen nicht überall dieselben sein. Natürlich wünsche ich mir, dass unser Auftritt einheitlich ist und dass der VPOD überall als VPOD erkennbar ist. Aber es ist auch eine Stärke, so zu kommunizieren, dass

es zur Situation passt und richtig ankommt.

Das Tessin hat zwar kein drittes Zentralsekretariat, aber natürlich ebenfalls ein Eigenleben. Der Südkanton ist nicht nur Sonnenstube, sondern für Arbeitnehmende oft ein hartes Pflaster, mit einer starken politischen Rechten, tiefen Löhnen und zahlreichen Grenzgänger:innen, was die flankierenden Massnahmen umso wichtiger macht. Mitte Januar waren VPOD-Präsident Christian Dandrès und ich zu Besuch in Bellinzona. Ein reger Austausch mit dem Sekretariat und die Teilnahme an einer Vorstandssitzung standen auf dem Programm. Die Kolleg:innen stellten interessierte und auch kritische Fragen, nicht zuletzt zur Europapolitik und zu den bevorstehenden Abstimmungen. Unser Kommen wurde sehr geschätzt. Und auch hier gab es zum feinen Znacht in der Casa del popolo (Volkshaus) ein Glas Wein – hier: Merlot.

Damit kommen wir zu einem weiteren Punkt: Es ist meine feste Überzeugung, dass in allen Vereinen und Verbänden die «dritte Halbzeit» vielleicht die wichtigste ist. Natürlich müssen Gremiensitzungen und Besprechungen seriös vorbereitet und umfassend dokumentiert werden. Gleichzeitig braucht es aber auch die Möglichkeit zum informellen Austausch und zur Geselligkeit. Wer sich kennt, versteht sich besser. Man muss sich nicht immer einig sein. Kolleg:innen aus der Westschweiz mögen uns manchmal für Bürokratiemonster hal-



Wer sich kennt,
versteht sich
besser: Dazu
trägt auch
Geselligkeit bei.

ten, uns geht vielleicht das lateinische Pathos auf die Nerven. Das gehört dazu. Aber wir müssen wissen, dass wir am gleichen Strick ziehen: alle Landesteile, alle Regionen und Sektionen, Mitarbeitende und Mitglieder. Letztere stehen beim VPOD im Zentrum – und dies soll auch so bleiben. Die Aufgabe des «Apparats» ist es, die Beschäftigten im Service public bei der Formulierung, Einforderung und Umsetzung ihrer Forderungen bestmöglich zu unterstützen.

Ihr denkt wahrscheinlich jetzt, dieser Text sei auch etwas pathetisch. Wahrscheinlich habe die Generalsekretärin schon etwas zu viel Zeit ennet des Röstigrabens und des Polentabergs verbracht und dabei den lokalen Weinbau allzu kräftig unterstützt. Der Zusammenhalt und die Solidarität brauchen manchmal das grosse Wort. Aber viel mehr brauchen sie den regelmässigen Austausch, das gegenseitige Verständnis und die Unterstützung aller durch alle.



Nachtpräsenz (im Schaffhauser Heim) gehört ebenso zur Arbeitszeit...
...wie Vor- und Nachbereitung (in der Zürcher Schule).



kräfte erlebten den Kompromiss als Resultat ihrer Mobilisierung, wüssten dabei aber, «dass damit der Druck noch nicht aus dem System genommen» sei. | *vpod* (Foto: martinedoucet/iStock)

Schaffhausen: Nachtpräsenz muss als Arbeit gelten

In Heimen wird auch nachts gearbeitet, aber im Kinder- und Jugendheim der Stadt Schaffhausen gilt diese Zeit nicht als Arbeitszeit, sondern wird lediglich mit einer Pauschale abgegolten. Dagegen wehren sich jetzt die Beschäftigten zusammen mit dem VPOD: Weil sie den Arbeitsplatz nicht verlassen dürfen und jederzeit eine Intervention notwendig werden kann, muss die nächtliche Präsenz aus ihrer Sicht als Arbeitszeit zählen. «Präsenz, Verantwortung und ständige Einsatzbereitschaft sind niemals Ruhezeit. Sie sind gelebte Arbeit, jede einzelne Nacht», heisst es in der VPOD-Petition. Insbesondere führt die aktuelle Praxis zu belastenden Dienstfolgen, wenn unmittelbar vor oder nach dem Bereitschaftsdienst reguläre Arbeit geleistet wird. Auch mit der jüngst erfolgten Erhöhung der Pauschale will man sich nicht zufriedengeben. | *slt* (Foto: Daniele Orsi/iStock)

Tessin: Für eine demokratische Polizei

Im Kanton Tessin organisiert der VPOD auch eine beträchtliche Zahl von Polizistinnen und Polizisten. Eine VPOD-Versammlung hat per Resolution die Prioritäten für diese Berufsgruppe festgelegt. Die Neugestaltung der Struktur sieht der VPOD weiterhin kritisch. Es gehe darum, die Arbeitsorganisation zu verbessern, ohne dass man an Bürgernähe verliere. Die Themen Dienstplanung und Vereinbarkeit stehen bei der Diskussion über die Arbeitsbedingungen im Vordergrund. Bei der anstehenden Revision des Polizeigesetzes will sich der VPOD an demokratischen Prinzipien und an den Grundrechten orientieren, sowohl nach aussen als auch im Inneren des Korps. | *vpod*

Zürich: Zwischenerfolg für Lehrpersonen

Der sogenannte Unterrichtsfaktor ist für die Anstellung von Lehrpersonen eine wichtige Grösse: Er drückt aus, wie viele Stunden im Jahr pro Lektion im Wochenstundenplan über das Jahr hin als Arbeitszeit angerechnet werden. Der Zürcher Kantonsrat hat die Erhöhung dieses Faktors von 58 auf 59 Stunden bekräftigt. Ebenso 60 zusätzliche Stunden pro Jahr für die Funktion als Klassenlehrperson. «Ein erster Schritt – aber weit hinter dem, was es braucht», so der Kommentar des VPOD; noch immer müssten Lehrerinnen und Lehrer die Vor- und Nachbereitung teilweise unbezahlt erbringen. Dennoch ist die Rede von «spürbarer Entlastung»: Die Lehr-

Bern: Fragwürdiges Sozialhilfegesetz

Das Berner Sozialhilfegesetz hat im Grossen Rat für lange Debatten gesorgt; jetzt ist es unter Dach und Fach. Aus linker und fachlicher Sicht ist erfreulich, dass der Selbstbehalt für Gemeinden vom Tisch ist – damit wären Kommunen mit unverschuldet hoher Sozialhilfequote bestraft worden. Beim Berufsverband Avenir Social bleiben allerdings Bedenken nicht nur hinsichtlich des Inhalts, sondern auch in Bezug auf die Art und Weise, wie die Revision erarbeitet wurde. Die in der Vernehmlassung breit geäusserten Punkte – etwa die problematischen Auswirkungen einer Verschärfung der Sanktionen oder die Forderung nach einer Überprüfung des Existenzminimums – seien nur «marginal berücksichtigt» worden. Ein inhaltlicher Dialog über die Reform sei nicht möglich gewesen. | *vpod*

Bundespersonal: Nachholbedarf beim Lohn

Die Sozialpartner beim Bund haben die ersten Gespräche mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter geführt. Der VPOD fordert 1,5 Prozent Lohnanpassung, da weiterhin ein deutlicher Nachholbedarf bei der Teuerung besteht. Mit 4716 Unterschriften wurde inzwischen der Appell gegen den Abbau beim Bundespersonal an den Bundesrat übergeben, der ein Ende der dauernden Verschlechterungen fordert und den Service public schützen will. | *vpod*

Streik bei Stadtbus Winterthur: Bei Redaktionsschluss lag ein Ultimatum auf dem Stadtratstisch

Chronik eines angekündigten Streiks

Das gibt's selten (siehe folgende Seiten): Streik im Nahverkehr. Dass es bei Stadtbus Winterthur dazu kam, liegt an der Starre auf Arbeitgeberseite. Die berechtigten Anliegen des Fahrpersonals – die Dienstplanung ist unterirdisch arbeitnehmerfeindlich – konnten nicht anders geäussert werden. | Text: VPOD (Foto: vpod)

Seit Jahren beklagt das Fahrpersonal von Stadtbus Winterthur schlechte Arbeitsbedingungen, vor allem eine Dienstplanung, die das Arbeitszeitgesetz nicht einhält und die im Zweifelsfall zulasten der Beschäftigten ausfällt. Am ärgsten sind die Einspringerdienste: Die Fahrerinnen und Fahrer müssen sich die Tage frei halten, erfahren aber erst am Vorabend um 17 Uhr, ob sie zum Einsatz kommen. Wenn nicht, resultiert in ihrem Stundensaldo ein Minus. Als unangenehm und unnötig werden auch die geteilten Dienste empfunden, die in der Mitte des Tages eine mehrstündige Pause vorsehen. Mit den eingeklemmten freien Stunden kann kaum jemand etwas anfangen.

Zerredet und vertagt

Dass der Nachtzuschlag bei Stadtbus Winterthur erst ab 22 Uhr ausgerichtet wird – und nicht wie fürs übrige Personal bereits ab 20 Uhr –, gehört ebenso zu den Negativerfahrungen wie der Umstand, dass Stadtbus immer wieder versucht, für Kratzer und ähnliche kleine Fahrzeugschäden die Chauffeure heranzuziehen. Einige der bei Stadtbus Winterthur gepflegten Usancen stehen im klaren Widerspruch zum Arbeitszeitgesetz; der VPOD meldet sie dem Bundesamt für Verkehr, doch dieses ist bisher nicht offen eingeschritten. Bitten und Bittschriften blieben ohne Erfolg. Die 2024 lancierte und von 200 der 260 Kolleginnen und Kollegen im Fahrdienst unterzeichnete Petition bewirkte – nichts. Sie wurde zerredet, die Anliegen landeten auf der langen Bank.

Zur Mitgliederversammlung im März kamen über 100 Leute, die einstimmig für Streik votierten – für einen Warnstreik, beschränkt auf 4 Stunden an einem Dienstagmorgen, mit Ankündigung und mit dem Ziel, endlich in ernsthafte Ver-

*Warnstreik:
Die Busse von Stadtbus Winterthur blieben an einem Märzdienstag bis 8.30 Uhr im Depot.*



handlungen mit der Direktion und dem Stadtrat zu kommen. Der Streik wurde gut befolgt (siehe Folgeseiten). Einige Linien fielen vollständig aus, auf den anderen entstanden enorme Taktlücken. Eine Ad-hoc-Verhandlung am Streikmorgen war zumindest so weit erfolgreich, dass man beschloss, am übernächsten Tag über Inhalte zu sprechen. Der Streik wurde planmässig um 8.30 Uhr beendet.

Stadtbekannte Forderungen

Zwei Verhandlungsrunden später – bei Redaktionsschluss dieses Magazins – stehen die Busfahrerinnen und Busfahrer noch immer mit leeren Händen da. Kollege Christian Reisacher, Mitarbeiter bei Stadtbus, spricht von «Scheinverhandlungen» und vermisst den «Willen für ein echtes Angebot». Derzeit läuft ein letztes Ultima-

tum der Beschäftigten. Ansonsten wird erneut gestreikt für Forderungen, die inzwischen stadtwweit bekannt sind und auch in der Bevölkerung auf Unterstützung stossen: Ausbau der Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit, eine gerechte Lösung für die Einspringerdienste sowie die Abschaffung der unanständigen Minuszeiten. Falls es erneut zu einem Streik kommt, wären laut Micha Amstad, VPOD-Zentralsekretär, dafür «allein Stadtrat und Geschäftsleitung verantwortlich».

Das muss nicht sein. Ein Stadtbus-Mitarbeiter, der anonym bleiben will, betont: «Wir wollen nicht streiken, aber unsere jetzigen Arbeitsbedingungen sind für alle Fahrgäste eine Gefahr.» Man sei nach wie vor jederzeit zu echten Verhandlungen bereit: «Der Stadtrat weiss, wo er uns erreichen kann.»



Streik bei Stadibus Winterthur – Bericht aus einer langen Nacht

Zwischen Krieg und Schach

Die Kraft des Kollektivs! Davon spricht man oft beim VPOD: Es ist der Daseinszweck einer Gewerkschaft, den Beschäftigten durch Zusammenschluss jenes Gewicht zu verleihen, das sie als Einzelne dem Arbeitgeber gegenüber nicht besitzen. Auf dass sie sich damit ein grösseres Stück vom Kuchen schneiden. Aber kaum je kann man die Kraft des Kollektivs so erleben wie bei einem Streik. So deutlich. Beinahe körperlich. Bekanntlich wird in der Schweiz, ganz besonders in der Deutschschweiz, nicht leichtfertig gestreikt. Erstens gibt es formale Voraussetzungen. Und zweitens sitzt auch in den Köpfen der Leute eine Barriere, zumal bei jenen, die im öffentlichen Dienst arbeiten und die mit einem Streik keinen profitgeilen Unternehmer treffen. Sondern anderen Leuten das Leben umständlich machen, die ja bloss zur Arbeit wollen oder in die Schule.



Bei Stadibus Winterthur sind die Voraussetzungen für einen Streik in jeder Hinsicht gegeben. Das Unternehmen, das vor zwei Jahrzehnten einmal zu den sehr

guten Arbeitgebern seiner Branche zählte, hat infolge unzähliger Sparmassnahmen und Knauserattacken keinen guten Leumund mehr. Nachtzuschlag? Überall sonst, auch im restlichen Winterthur, wird er ab 20 Uhr gewährt. Über den Busverkehr aber senkt sich die zuschlagpflichtige Nacht in den Augen der Verantwortlichen erst um 22 Uhr. Ein besonderes Ärgernis sind die sogenannten E-Dienste. Tage für potenzielles Einspringen müssen von den Busfahrern freigehalten werden – erst um 17 Uhr am Vortag erfahren sie, ob sie dann wirklich fahren müssen. Oder eher: fahren dürfen. Falls nicht, ist der Tag futsch, zählt nix, und sie rutschen ins Stundenminus. Es handelt sich um den durchsichtigen und von blossem Auge als illegal erkennbaren Versuch, das Arbeitgeberrisiko auf die Arbeitnehmenden abzuwälzen.

Überhaupt diese Minusstundenwirtschaft. Sie hält die Beschäftigten in einer Art dauernder Schuld-knechtschaft. Immer sind

sie hintendrein, immer müssen sie strampeln. Oder dann haben sie mitten im Tag so lange Zimmerstunden, dass sie für gefühlte 12 Stunden Dienst 7 gutgeschriebene bekommen, Differenz 5. Ungut verläuft es auch bei der Beteiligung bei Schäden am Fahrzeug. Kratzer am Bus? Stadibus Winterthur versucht regelmässig, die Kosten dafür den Fahrerinnen und Fahrern aufzudrücken. Auch das hebt das Klima nicht. Schon seit Jahren kämpfen die Stadibus-Angestellten. Mit Gesprächen. Vorstössen. Mit einer Petition, die 2024 überreicht wurde. Es geschah: nichts.

Auch jetzt wieder. Irgendwann reisst die Geduld. Irgendwann finden sich in der weitgehend von Migranten geprägten Belegschaft dann auch jene Gruppen zusammen, deren Völker sich in der Heimat nicht freundlich gesinnt sind. Kosovare oder Serbe? Im Arbeitskampf ist das eigentlich egal, stellt man fest. Und jetzt geht etwas. Im März an



einer Versammlung am Sonntag stimmen hundert Leute – fast die Hälfte der Belegschaft ist anwesend – geschlossen für Streik. Aber ihr müsst dann auch alle da sein am Dienstag um 4 Uhr, wenn's losgeht. Gelt? Sind wir, sind wir, sagen hundert Mänder.



Es geht dann schon früher los in der Nacht von Montag auf Dienstag. Bei einem Streik mit Ansage vermag die Gegenseite zu reagieren. Schon am Montagnachmittag weist Stadtbuss auf den Displays in den Bussen und an den Haltestellen auf mögliche Unregelmässigkeiten am Dienstagmorgen hin. «Grund dafür ist der vom VPOD angekündigte Streik», wird kommuniziert. Im Hintergrund versuchen die Oberen, das Vorhaben zu hintertreiben. Sie versuchen, wie uns unsere Vertrauensleute sofort übermitteln, bei den letzten Fahrten möglichst viele Busse ausserhalb des Depots zu halten, vollgetankt am Bahnhof oder an den Endhaltestellen, damit man am anderen Morgen wenigstens einen Notbetrieb fahren kann, den Sonntagsfahrplan vielleicht. Auch die Streikwilligen sind jetzt noch im Dienst und müssen der Weisung Folge leisten, sehr à contre-cœur. Der VPOD ist kurz nach Mitternacht auf dem Terrain und verhindert, dass weitere Busse aus dem Depot ausfahren können. Es kommt da und dort zu Auseinandersetzungen – Wortgefechten mit Leuten von der Leitstelle und vom Büro, die sich anschicken, als Streikbrecher zu agieren. Rempelen, weil Vorgesetzte Streikwillige bedrängen oder einzuschüchtern versuchen.

Streik, das ist irgendetwas zwischen Krieg und Schach. Streik ist eine direkte Konfrontation: Die Machtverhältnisse werden so, wie sie wirklich sind, sichtbar. Nähert sich im Dunkel der Nacht eine Gestalt oder ein Auto, stellt sich sofort die

Frage: Freund oder Feind? Es ist, (fast) wie im Krieg, (fast) jedes Mittel erlaubt. Zum Beispiel: früher vor Ort sein, um die Pläne der Gegenseite zu vereiteln. Oder: *noch* früher aufstehen, um wiederum dieses Vorhaben hintertreiben.

Klar: Die Streikenden wollen, dass ihr Streik spürbar ist. Sie wollen einen Stich setzen, sie wollen, dass die Leute merken: Es ist etwas faul im Staate Winterthur. Es ist nicht wie sonst. Es ist nicht, wie es sein soll. Der Bus, der sonst zuverlässig kam, kommt heute nicht. Es geht nicht gegen die Leute. Es geht gegen die da oben. Und die da oben, die Direktion und der Herr Stadtpräsidentenskandidat Fritschi, möchten gerne, dass der Streik verpufft, dass er gar nicht wahrgenommen wird. Wer ist stärker?



«Alle Räder stehen still»: Die Zeile geistert unentwegt im Kopf herum. «Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.» Es ist das Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, 1863 von Georg Herwegh gedichtet, dem grossen Kämpfer, der dreimal in die Schweiz floh, einmal 1839, nachdem er einen Offizier beleidigt hatte, einmal 1848, als Bauer verkleidet, nach der gescheiterten deutschen Märzrevolution. Die Schlacht bei Dossenbach in der Nähe von Rheinfelden unweit der Schweizer Grenze markierte am 27. April das Ende des Aufstandes. Ein letztes Mal kam Herwegh 1875, als Toter, um auf eigenen Wunsch in «freier republikanischer Erde» begraben zu werden.

Tot? Schlacht? Es bleibt vieles dann doch – zum Glück – näher beim Schach. Die Streikbrecherin,

die gewahrt wird, dass sich in letzter Sekunde ein Gewerkschaftsauto quer vor die Hinterausfahrt stellt, durch die sie eben noch mit ihrem Bus schlüpfen wollte, unternimmt natürlich keinen Versuch, dieses Auto mit der Kraft ihres Busses wegzubugsieren. Sie sitzt bloss konsterniert am Steuerrad und lässt nicht mit sich reden. Auch die Ketten, mit denen der VPOD die beiden breiten Ausfahrten vorn, auf die Grüzefeldstrasse hinaus, abgesperrt hat, sind mehr Symbol als tatsächliche Verriegelung. Man könnte sie mit einer Zange, vermutlich auch mit einem mittelschweren Gefährt ohne Mühe aufreissen, allerdings unter Inkaufnahme einiger Schäden am Fahrzeug (die man dann wiederum selbst zahlen müsste...). Das probiert niemand. Es sind mittlerweile ja auch schon ein paar Dutzend Leute auf dem Terrain.

Gewerkschaftsfunktionärinnen – auch von befreundeten Verbänden – und Busfahrer – auch von anderen Verkehrsbetrieben. Man nennt das Solidarität.



Es ist 4 Uhr. Und es ist kalt. Niemand hat einem am Vortag, als es nachmittags so mild war, gesagt, dass nur die Tage Anfang März schon nach Frühling riechen. Die Nächte nicht. So eine Winterthurer Vollmondnacht generiert Temperaturen um 0 Grad. Dieses bedenkend, hätte man lange Unterhosen, bessere Schuhe, einen Schal und Handschuhe angezogen. Hat man aber nicht. Und jetzt friert einen halt, auch weil wenig zu tun ist. Nach 4 Uhr steigt die Spannung etwas an, weil um 4.28 Uhr im Normalfall der erste Bus das Depot verlassen müsste. Kein Bus macht solche Anstalten. Derweil zeigen die Verkehrsapps unbeirrt den fahrplanmässigen Verkehr an: Abfahrt ab Strahlegg in 2 Minuten, in 1 Minute. Das hat man ja auch als Fahrgast besonders gern, dass die vermeintlichen Echtzeitanzeigen ausgerechnet dann, wenn man sie wirklich nötig hätte, weil alles durcheinander ist, den theoretischen Verkehr nach Plan melden. An der Haltestelle Strahlegg fährt jedenfalls kein Bus. Die in den Apps vorüberziehenden Fahrzeuge materialisieren sich in der

Linie	Richtung	Ab Haltestelle	Fussweg	Abfahrt
4	Rosenberg	Strahlegg	2'	in 4'
4	Rosenberg	Strahlegg	2'	in 9'
4	Rosenberg	Strahlegg	2'	in 6'
7	Wülflingen, Bahnhof	Grüze-Märkte	7'	in 18'
7	Blau, Melcher	Grüze-Märkte	7'	in 24'
4	Rosenberg	Strahlegg	2'	in 20'
4	Oberseen	Strahlegg	2'	in 23'
7	Wülflingen, Bahnhof	Grüze-Märkte	7'	05:36

Die Linien 6, 9, 10, 610 und 611 fallen aus. Die realistischen Linien verkehren im reduzierten Takt. Grund dafür ist ein Streik.

realen Welt nicht. Also: weiter sich die Füsse in den Bauch stehen und warten auf Godot und den Morgen.

Zum Glück hat einer der Kollegen eine leistungsfähige Kaffeemaschine mitgebracht. Die ist praktisch im Dauerbetrieb. Es gibt auch Nussgipfel und Krafriegel. Jemand hat einen Riesensack Basler Leckerli hingestellt, ein anderer extra Focaccia mit Tomaten und Oliven gebacken. Daneben liegt ein ganzer Stapel Bundesverfassungen, schön rot mit Schweizer Kreuz, damit allen, die's nicht glauben wollen und die einen Streik für etwas Illegales halten, der Artikel 28 unter die Nase gerieben werden kann. Dort heisst es: «Streik und Aussperrung sind zulässig, wenn sie Arbeitsbeziehungen betreffen und wenn keine Verpflichtungen entgegenstehen, den Arbeitsfrieden zu wahren oder Schlichtungsverhandlungen zu führen.» Na also. Geht doch.



Aber jetzt *kommt ein Bus*. Er ist offensichtlich an der Endhaltestelle gestartet und fährt stadteinwärts. Die Streikenden möchten das eigentlich nicht und stellen sich in den Weg. Der Bus muss anhalten. Jetzt kommt auch einer aus der Gegenrichtung. Auch der wird erst einmal gebremst. Erst nach einer Viertelstunde drängt die Polizei, die sich bis anhin auf die Regelung des Verkehrs beschränkt hat, die Gefährte weiterziehen zu lassen. Schön ist das nicht. Wahrscheinlich aber auch nicht für die Streikbrecher in den Wagen. Denn der Vorwurf «Verrat» gellt in den Ohren, obwohl gar niemand das Wort ausgesprochen hat. Am Bahnhof, wo die Betriebsleitung einige Busse stationiert hatte, spielen sich dem Vernehmen nach ähnliche Szenen ab. Auch dort interveniert die Polizei, aber, wie man hört, mit Augenmass. Auf dem Display steht jetzt: «Die Linien 4, 9, 10, 610 und 611 fallen aus. Die restlichen Linien verkehren im reduzierten Takt. Grund dafür ist



ein Streik.» Den VPOD mochten sie jetzt wohl nicht mehr nennen.

Und der VPOD ist ja in der Tat auch nur Mittel zum Zweck. Er soll denjenigen zu Recht und Stimme verhelfen, die man sonst überhört, nicht wahrnehmen will.

Dass es bei Stadtbus

Winterthur ein ernsthaftes Problem mit der Wertschätzung gibt, wird in dieser Nacht am Busdepot offensichtlich. Es gibt Vorgesetzte, erfährt man, die den Busfahrern nicht einmal Grüezi sagen. Die noch nie einen Fuss in die Garage gesetzt, noch nie eine Hand geschüttelt haben. Es braucht keine überschüssende Phantasie für die Vermutung, dass auch ausländerfeindliche Motive dabei eine Rolle spielen. Denn gefühlt 90 Prozent der Buschauffeure haben einen Migrations-, davon wiederum die meisten einen Balkan-Hintergrund. Ein Zufall wird das auch nicht gerade sein. Kann es sein, dass sich zu den vorliegenden Bedingungen einfach nicht so wahnsinnig viele Ur-Schweizer für den Job melden? Der Proletarier hat kein Vaterland: Die Fahrer von Stadtbus Winterthur haben das begriffen. Und wenn sie da so zusammenstehen, kann man fast körperlich spüren, welche Kraft vom Geeintsein ausgeht. Vielleicht könnte man diese Kraft auch für unschöne Dinge nutzen. Aber alle bleiben besonnen. Bleiben beim Schach. Obwohl es Grund genug gibt, sich aufzuregen.

Zum Beispiel: Als am Morgen Stadtrat Fritschi auf dem Gelände erscheint, ist er sofort umringt von Stadtbus-Angestellten, die mit ihm Tacheles reden wollen. Aber

Stadtrat Fritschi ist in einem anderen Film. Er ist im Film, in welchem ein liebevoller und umsichtiger Stadtvater das Beste für seine Angestellten will, bloss sind ihm oh jemine die Hände gebunden, weil

Winterthur ja keine Diktatur ist und er gar nichts machen kann ausser anzubieten, dass man ab Fahrplanwechsel, also im Dezember, diese leidigen E-Dienste gemäss Personalstatut entschädigen werde. Im Dezember. In neun Monaten. So lange will er sich also noch ausserhalb des Personalstatuts bewegen. Von wegen: keine Diktatur. Na bravo. Ein Schimpfwort fällt, das reisst ihn aus dem Film. Eine beleidigte Leberwurst zieht eher unstadtväterlich von dannen. Die meisten hier können ihn mangels Stimmrechts nicht einmal nichtwählen.



Schliesslich kommt's doch noch zu Verhandlungen um 7 Uhr in der Frühe. Es dauert eine Stunde, bis die Gewerkschaftsdelegation wieder aus der Höhle des Löwen herauskommt. Lebend. Aber: Wäre ein Durchbruch erzielt worden, sähen die Gesichter anders aus. Die Ungeduld der Wartenden wird jetzt fast handgreiflich. Es muss indes erst – das Megafon taugt nichts – die Verstärkeranlage in Betrieb genommen werden, bis Mi-



cha Amstad durchs Mikrofon verkünden kann: Teilerfolg. Es wird verhandelt, immerhin. Ernsthaft, hoffentlich. Und zwar ab übermorgen, und nicht mit Fritschi allein, sondern mit einer Delegation des Stadtrats. Bis kommenden Mittwoch wollen die Stadtbus-Chauffeure ein zählbares Resultat. Sonst gibt es weitere Kampfmassnahmen. Die spontane Personalversammlung beschliesst ausserdem einstimmig um 8.28 Uhr, den Streik wie geplant um 8.30 Uhr zu beenden. Einige gehen direkt zum Dienst. Langsam zuckelt und ruckelt sich der Fahrplan wieder zurecht.

Mittlerweile ist die Sonne aufgegangen, auch die Sonne der Vernunft, wer weiss. Jedenfalls fängt sie ganz sachte damit an, die Welt aufzuwärmen und die eingefrorenen Füsse jener zu kitzeln, die jetzt seit Stunden in der Kälte stehen, um sich und den ihren ein geringfügig grösseres Stück abzuschneiden vom Kuchen, der ja eigentlich ziemlich gross ist. Es hat immer noch Nussgipfel. | Christoph Schlatter (Fotos: vpod)





Alle Räder ausser einem kleinen Trottinett stehen still, wenn der starke Gewerkschaftsarm es will. (Fotos: Keystone)



Streiks im Nahverkehr – ein Blick in die Vergangenheit

Streiks im Nahverkehr sind selten, zumal in der Deutschschweiz. Etwas streikfreudiger ist man in der Romandie und im Tessin. Der VPOD haute 1999 in Zürich und St.Gallen auf die Pauke – mit Erfolg.

| Text: Christoph Schlatter (Fotos: VPOD-Archiv)



VPOD-Aktionen im Nahverkehr: Streik 1999 in St.Gallen (1), rollende Busblockade 2000 in Luzern (2), Teilstreik 2011 in Zürich (3).

1918: Der Weltkrieg geht zu Ende, die Schweiz steht still. Beim Landesstreik kommen Bahn- und Tramverkehr zum Erliegen. Seither wird in diesen Bereichen nur noch selten gestreikt, und die Bähnler zahlten teuer für ihre Beteiligung am Landesstreik: Im Beamtengesetz von 1927 wurde ihnen das Streiken überhaupt untersagt. Erst 2000 wurde das Verbot wieder aufgehoben. Prompt gibt es 2008 einen grossen Streik bei den SBB, allerdings nicht im Verkehr, sondern in der Werkstatt. 33 Tage stehen die «Officine» in Bellinzona still, wo Lokomotiven und Güterwaggons gewartet werden. Dann ist die Schliessung des Industriewerks abgewendet.

Zurück zum Nahverkehr. **1999:** Zehn Jahre sind seit dem Mauerfall vergangen, und die Marktturbos haben Oberwasser. Privatisieren, auslagern, mindestens drastisch sparen, lauten ihre Rezepte. Die Beschäftigten der **Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ)** wollen sich mit einem GAV absichern, der Arbeitgeber bockt. Der VPOD droht mit Streik. Thomas Wagner, der zuständige Stadtrat, und VBZ-Boss Rolf Künzle holen den ganz dicken Knüppel aus dem Sack: So etwas sei «unschweizerisch», und wer streike, riskiere nicht nur den Job, sondern habe auch ein Strafverfahren am Hals. Auch der Zürcher Verkehrsverbund bleibt auf der harten Linie: keine Verhandlungen! In

sendet in der Nacht das Signal zur Aufnahme ernsthafter Gespräche. Die Trams und Busse erleiden nur eine geringe Verzögerung bei der Ausfahrt, weil die Abstimmung des Personals noch andauert. Auch bei den **Verkehrsbetrieben St. Gallen (VBSG)** rumort es **1999**. Es drohen drastische Sparmassnahmen im Umfang von nahezu einem Monatslohn jährlich. Verhandeln lasse sich darüber nicht, heisst es von oben. Da fällt an einem Montagabend spontan der Beschluss: Warnstreik am folgenden Morgen! «Nur je ein Frühbus pro Linie fuhr aus dem Depot. Alle anderen blieben mindestens eine Stunde blockiert», erinnert sich Peter Hartmann, damals VPOD-Sekretär, im Magazin *Saiten*. Der Streik brachte Bewegung – die grössten Sparvorschläge waren am Ende vom Tisch.



letzter Sekunde wird die Arbeitsniederlegung abgewendet. SP-Polizeidirektorin Esther Maurer fürchtet sich vor einem morgendlichen Verkehrschaos und

Knapp unterhalb der Streikschwelle blieb die «rollende Busblockade» im März **2000** bei den **Verkehrsbetrieben Luzern**, bei der die Fahrzeuge jeweils 10 Minuten pausierten – als Demo gegen Auslagerungsideen.

In **Genf** sind die Angestellten der **Transports Publics Genevois** aus historischen Gründen beim SEV organisiert. Dort wird im Oktober **2022** mit einem anderthalbtägigen Streik der volle Teuerungsausgleich von 1,2 Prozent erkämpft – ursprünglich hätte nur die Hälfte gewährt werden sollen. Am zweiten Streiktag ist die Situation in der Rhonestadt chaotisch;

Busse sind nur auf Regionalenlinien unterwegs, und die acht Trams sind ein Tropfen auf den heissen Stein.

Wiederum anders die Konstellation auf dem **Lago Maggiore**, wo man **2017** mit Recht singen konnte: «Kein Schiff wird kommen.» Die italienischen Betreiber des Schifffverkehrs hatten den GAV umgehen wollen.

«Der Tag, an dem die Trams ausschlafen durften», titelte das *VPOD-Magazin* 2011, und sinnierte, was ein VBZ-Tram nachts wohl so träume (vielleicht davon, «auch einmal Märli-Tram» zu sein?). Im Mai **2011** wurde für mehrere Stunden im Morgenverkehr das **VBZ-Tramdepot Irchel** blockiert, was die Disposition ordentlich ins Rotieren brachte, bis um 9.11 Uhr das erste Fahrzeug ausfahren konnte. Mit diesem «Teilstreik» gelang es, den

GAV für den öV im Kanton Zürich zu sichern. Leider wurde dieser nie so richtig wirksam, weil nicht allgemeinverbindlich (der ZVV stemmte sich dagegen). Per Ende 2025 löste man ihn daher auf, was wiederum den Streik bei Stadtbuss Winterthur möglich macht...

Ende 2025 gab es im Kanton Waadt eine der grössten VPOD-Mobilisierungen je – eine Übersicht und ein Gespräch mit Cora Antonioli

Der Aufstand der 28 000

Solche Demos gab es kaum je: Über 25 000 demonstrierten auf den Strassen Lausannes gegen Sparpläne und Lohnkürzungen. Und auch Streik in diesem Ausmass – bis 13 Tage – ist selten. In zentralen Punkten knickte die Waadtländer Regierung daraufhin ein. Wie hat der VPOD das hinbekommen? | Text und Interview: Christoph Schlatter

Eine Strafanzeige gegen die Regierung wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung und Amtsmisbrauch, eingereicht vom VPOD: In der Waadt liegt offenbar einiges im Argen, und das nicht erst seit gestern. Der VPOD verlangt, dass genau berechnet wird, wie viel Steuern dem Kanton in den Jahren 2009 bis 2021 entgangen



Cora Antonioli ist Gymnasiallehrerin in Lausanne und Präsidentin des VPOD Waadt.

sind, weil in der Ägide von Finanzdirektor Pascal Broulis (FDP, heute Ständerat) Steuerrabatte für Superreiche nicht korrekt – nämlich zu grosszügig – berechnet wurden. Es wird vermutet, dass durch die falsche Anwendung dieses sogenannten Steuerdeckels oder -schildes – des «bouclier fiscal» – kumuliert 500 Millionen bis 1 Milliarde Steuerfranken liegenblieben, die dem Kanton zugestanden hätten. Dass Broulis' Nachfolgerin, die Mitte-Polikerin Valérie Dittli, bei der Aufarbeitung des Skandals eine besonders geschickte Hand bewiesen hätte, kann man nicht behaupten. (Dittli hatte mit ihrem Wahlsieg gegen die bisherige SP-Frau Cesla Amarelle die Epoche der links-grünen Mehrheit in der Waadt beendet. Seit bald einem Jahr ist sie vom Regierungskollegium weitgehend kaltgestellt, harrt aber im Amt aus.)

Zu den entgangenen Steuergeldern wurde eine Untersuchung veranlasst, die unter dem Namen Psychère-Bericht – François Psychère heisst der beigezogene Experte – schneller öffentlich wurde als ursprünglich geplant. Wer die «geheimen» Details

an die Medien durchgestochen habe, interessierte daraufhin mehr als der eigentliche Inhalt. Die Staatsanwaltschaft bestellte in diesem Zusammenhang praktisch das gesamte Kantonsparlament zur Einvernahme. Und zwar, was für besonderen Ärger sorgte, zunächst alle 100 – offenbar besonders verdächtigen – männlichen Mitglieder des Grossen Rates. Cora Antonioli sieht all diese Dinge allerdings nicht in einem allzu direkten Zusammenhang zum Streik.



VPOD-Magazin: Die Regierung lässt Geld liegen, und ein Staatsanwalt schießt mit Kanonen auf Spatzen: Liegt darin ein Grund dafür, dass die Streikbewegung im Kanton Waadt so stark wurde wie nie zuvor?

Cora Antonioli: Nein, das hat nur sehr indirekt damit zu tun. Und höchstens insofern, als die Vorgänge zeigen, welche Prioritäten unser Regierungsrat setzt. Aber uns ging und geht es um etwas anderes, um etwas Grösseres. Nämlich um den Service public.

Die Vorgänge zeigen aber zumindest, dass Geld da wäre. Sehr viel mehr Geld. Und dass man auf ein Budgetdefizit – erst das zweite nach vielen Jahren positiver Abschlüsse – auch anders reagieren könnte als mit der Androhung einer Lohnkürzung. Das ist richtig. Dem Defizit steht ausserdem ein enormes Vermögen gegenüber. Die finanzielle Lage des Kantons ist nach wie vor gut. Und sie wäre noch viel besser ohne die Steuersenkungspolitik, die der Regierungsrat betreibt. Nicht erst der aktuelle: Schon in der Ära Broulis/Maillard... **... Pierre-Yves Maillard, der heutige SGB-Präsident, war zuvor 15 Jahre lang Staatsrat und Gesundheitsdirektor in der Waadt...** Schon damals hat die Politik der Steuersenkungen angefangen. Jetzt wurde im Parlament eine Reduktion der Einkommenssteuer um 7 Prozent verabschiedet, eine von 12 Prozent droht per Volksabstimmung.



Der Kanton Waadt ist nicht unbedingt ein reicher Kanton (bezüglich des kantonalen BIP liegt er ziemlich in der Mitte),

Bei den Demonstrationen...



aber ein Kanton mit vielen Reichen und Superreichen. Ungefähr 350 Leute mit einem Vermögen von mehr als 50 Millionen leben hier – hauptsächlich an der Genfersee-Goldküste; das sind nur unwesentlich weniger als in Zürich (400) und in Genf (370). Ihnen wurde mit dem «Steuerdeckel» ab 2009 deutliche Entlastung gewährt – Angst vor Wegzug war die Begründung. Der reichenfreundliche Deckel wurde dann allerdings auch noch zu lasch angewendet. So dass die Entlastung der Superreichen ab 2009 noch krasser ausfiel als beschlossen.

Die von Antonioli angesprochenen Steuer-senkungen in den 2010er Jahren betrafen dann vor allem die Unternehmens- und die Erbschaftssteuern. Es gab starke Senkungen. Um dem Vorhaben auf der linken Seite Akzeptanz zu verschaffen, wurde es mit sozialen Wohltaten gekoppelt. Im Paket fanden sich ausserdem eine Erhöhung der Familienzulagen und ein Ausbau bei der Prämienverbilligung und bei den kantonalen Ergänzungsleistungen. Im März 2016 stimmten 87 Prozent diesem im Wesentlichen von Broulis & Maillard geschnürten Päckli zu – der VPOD blieb mit seinem Widerspruch ungehört. Immerhin lässt sich sagen, dass der Kanton Waadt auch heute noch zu den Kantonen mit einem überdurchschnittlichen Steueraus-schöp-

fungsindex gehört, also zu jenen, die ihre Steuerbasis überproportional belasten; der vom SGB für Waadt ermittelte Wert beträgt 123,9 Prozent.



Wie ist diese gewaltige Mobilisierung zustande gekommen? Ich stelle mir vor, dass vor allem das angekündigte «Lohnopfer» die Leute auf die Palme brachte. Also nicht nur: kein voller Teuerungsausgleich. Sondern sogar nominal weniger Geld! Und zwar um 0,7 Prozent.

Ich glaube nicht, dass das der wichtigste Grund war. Ganz besonders bei den Schulen – und in meinem Bereich: Gymnasien – war die Lohnfrage nicht die Hauptmotivation. Vielmehr kämpfen die Kolleginnen und Kollegen für den Erhalt eines qualitativ hochstehenden Service public. Sie wissen: Wenn wir uns nicht wehren, dann ist das nur der Anfang. Die Sparwut ist ja überhaupt nicht vom Tisch. Christelle Luisier (FDP), die aktuelle – faktische – Finanzdirektorin, hat schon neue Einschnitte angekündigt. Die Beschäftigten haben das sofort verstanden. Sie wissen, was auf sie zukommt.

Nehmen wir dein Beispiel: Was wird denn bei den Gymnasien abgebaut? Oder hätte abgebaut werden sollen?

Wir haben die Liste gesehen. Es gibt im Kanton Waadt 14 Gymnasien, und weil wir so gut vernetzt sind, haben wir an jedem einzelnen Ort verlangt, dass die angekündigten Budgetkürzungen in konkrete Sparmassnahmen übersetzt werden. Und dann sehen wir, was es bedeutet. Es bedeutet: weniger Geld für die Schulbibliothek. Weniger Geld für Fachliteratur oder für pädagogische Lektüre für uns Lehrkräfte. Weniger oder kein Geld mehr für Möbel. Kein Geld für Reparaturen. Wenn der Vorhang für die Verdunkelung des Klassenzimmers defekt ist, kann kein neuer mehr angeschafft werden. Filmvorführung? Fehlanzeige! Und die Abfalleimer im Klassenzimmer wurden auch entfernt. Das spart dann angeblich auch Personal bei der Reinigung...

...oder das Apfelbitzgi wandert unter die Schulbank... Also die von dir aufgezählten Massnahmen werden jetzt umgesetzt?

Ja. Aber das ist nur der Anfang. Und in anderen Bereichen erträgt es schlicht nichts mehr. Beispielsweise im halböffentlichen Bereich. Oder bei den Spitälern. Und insbesondere am CHUV.



Im CHUV, dem Universitätsspital von Lausanne, jagt seit Jahren eine Sparmassnahme die nächste. Immer mehr soll das Personal leisten – mit immer weniger Mitteln. Das 2022 gestartete und 2023 «scharf gestellte» Projekt «Impulsion» sollte besser «Implosion» heissen, klagte der VPOD. Namentlich der Pflege wurde damit noch mehr Druck auferlegt, als ob nicht das genaue Gegenteil vonnöten wäre. Und als ob sie am strukturellen Defizit des Spitals schuld wäre – und nicht eine vollkommen dysfunktionale Spitalfinanzierung. Wenn beispielsweise vakante Stellen verzögert besetzt werden, führt das für die Verbleibenden zu noch mehr Stress – und zu noch mehr Abgängen, die wiederum mehr Stress verursachen. Ein Teufelskreis.

Dabei zeigt sich die Bedeutung und die Aufgabe eines öffentlichen Spitals gerade auch im Licht der Brandkatastrophe von Crans-Montana. Muss ein Krankenhaus rentieren? Sollen nicht-rentierende Abteilungen geschlossen werden? Das Centre romand des brûlés ist neben dem

... und Aktionen...





nen und Aktivisten hat, damit sie sie vernetzen und ihnen rasch Infos zukommen lassen kann. Indem sie dann Versammlungen und Aktionen veranstaltet und koordiniert. Das funktioniert prima. Dabei kommt uns zugute, dass wir schon ein wenig

Es ist immer schwierig. Egal wo. An den Schulen, wo wir ein wenig Routine haben, mag es etwas leichter fallen. Aber die Mobilisierung wurde ja auch darum so stark, weil viele an den unterschiedlichsten Arbeitsplätzen schon lange wütend sind. Sie waren schon auf 100 oder auf 120. So dass es nicht mehr so viel brauchte, um auf 180 zu kommen. Um auf die Strasse zu gehen. Und um zu streiken.

Ein Streik von Lehrpersonen gestaltet sich ja je nach Stufe anders. Im Gymnasium sind die Schülerinnen

...gingen Ende 2025...

...gegen das Waadtländer Sparprogramm...

Zentrum für Brandverletzte am Zürcher Universitätsspital die grösste Abteilung für Brandopfer in der Schweiz. Es handelt sich um teure Spitzenmedizin, die eine kostspielige Infrastruktur verlangt. Als am 1. Januar 22 Patienten aus Crans-Montana dort ankamen, verstummte der Ruf nach Leistungsabbau. Wie weiterhin zweistellige Millionenbeträge eingespart werden sollen, kann niemand sagen.



Das Besondere an der Mobilisierung in der Waadt war ihre Breite. Es streikten beispielsweise auch Angestellte im halböffentlichen Bereich, in den Heimen, in den Kitas. Aber ihr Lehrerinnen wart die Leaderinnen?

Das ist immer so. Wir spielen diese Rolle, haben sie auch bei früheren Mobilisierungen wahrgenommen. Irgendwann ziehen die anderen mit – es ist eine Art Dominoeffekt, der sich auch früher schon gezeigt hat. Besonders war diesmal, dass auch in der Kantonsverwaltung viele mitgezogen haben. Der Streik ging also von der FaBe bis zum Uniprofessor!

Wie hat man das hinbekommen, diese sehr unterschiedlichen Branchen, die nicht jeden Tag miteinander zu tun haben und die ja auch sehr unterschiedliche Löhne haben, zusammenzubringen?

Indem man die Leute anspricht. Indem man Versammlungen ansetzt. Indem die Gewerkschaft die Adressen der Aktivistin-

Übung haben. Wir mobilisieren, streiken manchmal, lernen immer. Auch vor zwei Jahren, als uns der Teuerungsausgleich verweigert wurde, haben wir stark mobilisiert und einen Teil unserer Forderungen durchgesetzt. Und jedesmal sind wir stärker daraus hervorgegangen.

Der Haupttransmissionsriemen ist also am Arbeitsplatz: Kolleginnen sprechen Kollegen an?

Genau. Aber dazu braucht es auch eine gute Information. Es kommen Fragen auf: Was dürfen wir machen, was dürfen wir nicht? Da brauchen wir gute Flyer, solide Antworten, Ansprechpersonen, die weiterhelfen, also auch gut ausgebildete Aktivistinnen und Aktivisten. Und an den Versammlungen wurden an allen Orten Resolutionen verabschiedet. Es gab Wochen, da hatte der Staatsrat hunderte solcher Resolutionen auf dem Tisch.

Aber ein Streik im Service public, wo auch Menschenleben dranhängen, ist schon schwieriger als der in einer Joghurtfabrik, oder? Man kann ja eben nicht einfach den Laden dicht machen.

Och, ich glaube, Streiken ist nie einfach.



und Schüler alt genug; sie müssen nicht dauerbeaufsichtigt werden. In der Primarschule ist das anders...

Da hast du recht. In der obligatorischen Schule dürfen die Kinder natürlich nicht einfach unbetreut bleiben. Viele Eltern haben ja auch keine Möglichkeit, tagsüber zu ihnen zu schauen – dieses Problem hatten wir schon zu Corona-Zeiten. Im Kanton Waadt ist es so geregelt, dass die Schulleitungen übernehmen müssen. Sie müssen eine Betreuung anbieten; dafür stehen sie laut Personalgesetz in der Pflicht. Ausserdem gibt es natürlich in jedem Lehrkörper immer ein paar, die nicht streiken. Wenn mehr als 40 Prozent der Lehrerschaft an einer Schule streiken, dann ist die Schule zu. Sind es weniger, dann wird unterrichtet, dann werden die Streikenden von den Nichtstreikenden vertreten.



...bis zu 28 000 Leute auf die Strasse. (Fotos: Valdemar Verissimo sowie Laura Feldman [oben])

Und das funktioniert? Wird verstanden?

Unter den Schulleiterinnen und Schulleitern haben es die meisten verstanden: Wir streiken nicht gegen sie. Wir streiken für die Schülerinnen und Schüler. Wir streiken für eine gute Zukunft der öffentlichen Schulen.

Und die Reaktion in der Bevölkerung?

Das war schon stark: So viel Support gab es noch nie. Wir Lehrerinnen und Lehrer begegnen oft grossen Vorurteilen – diesmal weniger. Auch die Medien waren uns diesmal eher besser gesinnt. Sie haben stärker als bei früheren Bewegungen dargestellt, wofür wir eigentlich kämpfen. Und dass es uns – jedenfalls denen, die schon gut oder sehr gut verdienen – nicht so sehr um diese 0,7 Lohnprozent ging. Sondern um die Solidarität mit den anderen, die schlechte Löhne haben. Und um den Service public.

Es gab aber auch Vorwürfe. Es seien Grossrätinnen und Grossräte am Eingang zum Ratssaal geschubst worden.

Ja, und das ist ein Versuch, die Bewegung zu kriminalisieren. Aber wir kämpfen ohne Gewalt. Die Gewalt ist auf der anderen Seite. Die Gewalt ist bei einem System, das zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, wo jetzt schon prekäre Verhältnisse sind, noch mehr sparen will. Und es ist

auch eine Form von Gewalt oder mindestens von Menschenverachtung, einfach das Gespräch zu verweigern. Die Regierung hat auf stur geschaltet und sich abgewandt. Es hat Monate gedauert, bis wir in ein Gespräch kamen.

Der Streik war ein grosser Erfolg. Aber auch teuer: Die Erstattung des streikbedingten reisst ein ziemliches Loch in die Kasse.

Es ist eine Investition in die Zukunft. Denn die Mitglieder werden bei uns bleiben und viel mehr an Mitgliederbeiträgen bezahlen, als sie uns je gekostet haben. Streiken rentiert, gewerkschaftlich, politisch – und finanziell!



In einem zentralen Punkt hat die Streikbewegung gewonnen: Die angedrohte Kürzung der Löhne um 0,7 Prozent wurde kurz vor der letzten vorweihnachtlichen Grossratsitzung von der Regierung zurückgenommen. Einstweilen. 2026 werden weiterhin die «normalen» Löhne ausbezahlt. Ein weiterer Erfolg ist schon nicht mehr ganz so eindeutig. Eine der Sparmassnahmen – die Entlastung der älteren Lehrpersonen um insgesamt 6 Wochenstunden – wurde zwar zurückgezogen. Langjährige Lehrkräfte können also in den letzten Jahren vor der Pensionierung 3 Jahre lang 2

Lektionen pro Woche kürzertreten. Oder im letzten Jahr 6 Stunden weniger unterrichten. Das ist eine bedeutende Erleichterung. Allerdings sind die zugehörigen 24 Millionen Franken trotzdem nicht ins Budget zurückgekehrt. Sie sollen einfach woanders eingespart werden – zum Beispiel mit einer sogenannten Karenzzeit bei Vakanzen.

Es ist klar: Der Erfolg des VPOD ist enorm – und trotzdem nur ein Etappensieg. Die Mehrheit in der Exekutive bleibt bürgerlich, auch wenn Roger Nordmann den SP-Sitz von Rebecca Ruiz im zweiten Wahlgang verteidigen sollte und auch wenn eins der bürgerlichen Regierungsmitglieder mit Rumpfdossier vor sich hindümpelt. Die Volksinitiative, welche die Einkommenssteuern um brutale 12 Prozent senken will, dräut weiterhin am Horizont. Auch das nächste Budget kommt bestimmt – aber der VPOD wird nicht so lange zuwarten. Gegenwärtig finden regelmässige – zweimonatliche – Gespräche zwischen den Gewerkschaften und einer Regierungsdelegation statt. Dabei sollen weiterhin Budgetfragen diskutiert werden, aber auch über die Pensionskasse und über eine Regelung für Whistleblower will man sprechen. Und über die Legitimität des Streikens, die von der Regierung offenbar angezweifelt wird.

Ausstellung über Saisonniers in der Zürcher Photobastei am Sihlquai

Zweifach ausserhalb

Saisonniers, als Arbeitskräfte geschätzt, als Menschen ausgeschlossen: Dieses beschämende Kapitel der Schweizer Wirtschaftsgeschichte wird jetzt in Zürich mit Bildern und Filmen in Erinnerung gerufen.

| Text: VPOD (Foto aus der Ausstellung: Schweizerisches Sozialarchiv)

Die Ausstellung «Wir, Saisonniers...», die zuvor in Genf gezeigt wurde, kommt jetzt in die Photobastei nach Zürich. Das von ihr beleuchtete Kapitel stand lange im Schatten; die Aufarbeitung hat erst in den letzten Jahren begonnen: Über Jahrzehnte waren Saisonniers in der Schweiz willkommen, aber nur als Arbeitskräfte, nicht als Menschen. Einer rigiden Aufenthaltsbewilligung unterworfen, arbeiteten sie auf unzähligen Baustellen, in Fabriken, in der Landwirtschaft oder im Gastgewerbe. Mit ihrer Arbeit trugen sie massgeblich zum Wohlstand bei – und lebten dennoch zweifach ausserhalb. Von der eigenen Familie waren sie getrennt, im «Gastland» wohnten sie ghettoisiert in Behelfsunterkünften.

Mit historischen Dokumenten, Interviews, Bild- und Filmmaterial macht die Ausstellung persönliche Geschichten und gesellschaftliche Zusammenhänge sichtbar. Das Rahmenprogramm bietet zahlreiche Gelegenheiten, das Thema zu vertiefen. Konzipiert und erstmals gezeigt wurde die Ausstellung in Genf 2019, 2022 folgte Biel. Nun ist sie zum ersten Mal – und wiederum an die örtlichen Verhältnisse angepasst – in der Deutschschweiz zu sehen.

«Wir, Saisonniers...»: Zürich 1931–2026. Eine Ausstellung über sichtbare Arbeit und unsichtbar gemachtes Leben. Photobastei, Sihlquai 125, Zürich, bis 21. Juni. Mittwoch und Sonntag 12 bis 18 Uhr, Donnerstag bis Samstag 12 bis 21 Uhr.



Brig, 1953:
Italienische
Saisonniers bei
der Einreise.



Freihandelsabkommen wie Mercosur – im Bild: Brasilia – müssen den Beschäftigten nützen.

Mercosur-Abkommen, nachhaltig!

Der SGB betont: Freihandelsabkommen können den Handel fördern. Das vom Bundesrat mit ausgehandelte Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay; Bolivien war nicht beteiligt) verringert zudem die Abhängigkeit der Wirt-

schaft von einzelnen Absatzmärkten. Es muss dabei allerdings gewährleistet sein, dass die Handelsgewinne auch bei den Beschäftigten ankommen. Dafür braucht es ausgebaute Arbeitnehmerrechte und starke Gewerkschaften in den beteiligten Ländern. Das neue Freihandelsabkommen mit dem Mercosur bringt nicht nur eine Zollsenkung und weitere Handelserleichterungen. Im Kapitel zu nachhaltiger Entwicklung versprechen die Schweiz und die anderen am Abkommen beteiligten Staaten zugleich, auch die Arbeitsrechte zu fördern. Der SGB erwartet, dass diese Ankündigung konsequent eingehalten wird und dass die Sozialpartner bei der Umsetzung eingebunden werden. Der Bundesrat kündigt in der Botschaft an, die beiden noch nicht ratifizierten Kernarbeitsübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Arbeitssicherheit und zum

Gesundheitsschutz ratifizieren zu wollen. Das ist dringend nötig und stärkt die Prävention. Erfreulich findet der SGB auch, dass der Bundesrat neue Kooperationsprojekte zur Förderung von guten Arbeitsbedingungen in Brasilien zusagt und dass er die Zusammenarbeit mit Brasilien in Arbeits- und Beschäftigungsfragen ausbauen will; zu diesem Zweck soll ein tripartiter Arbeitsdialog etabliert werden. Damit kann die Schweiz einen konkreten Beitrag leisten, damit auch Arbeitnehmende im Mercosur von besseren Arbeitsbedingungen profitieren. Der SGB wird eine abschliessende Bewertung des Abkommens nach der parlamentarischen Beratung vornehmen. Für ihn ist es entscheidend, dass das Abkommen für die Arbeitnehmenden in der Schweiz und in den Mercosur-Staaten eine positive Wirkung hat. | *sgb* (Foto: Rom van Oers/iStockphoto)

Wirtschaftslektion Der Brexit als Warnung

Etwa ein Viertel der Beschäftigten im Schweizer Gesundheitswesen hat keinen Schweizer Pass. Unter Pflegehelferinnen und Pflegehelfern oder Ärztinnen und Ärzten ist der Anteil noch deutlich höher (vgl. Grafik). Welche Folgen hätte ein Wegfallen der Bilateralen aufgrund einer Annahme der SVP-Chaos-Initiative («Keine 10-Millionen-Schweiz») für das Gesundheitswesen? Klar ist, dass es für ausländische Arbeitskräfte aus der EU schwieriger würde, hier zu arbeiten. Die konkreten Folgen kann niemand präzise vorhersagen, aber ein Blick auf die Erfahrungen Grossbritanniens mit dem Brexit lässt einen angst und bange werden.

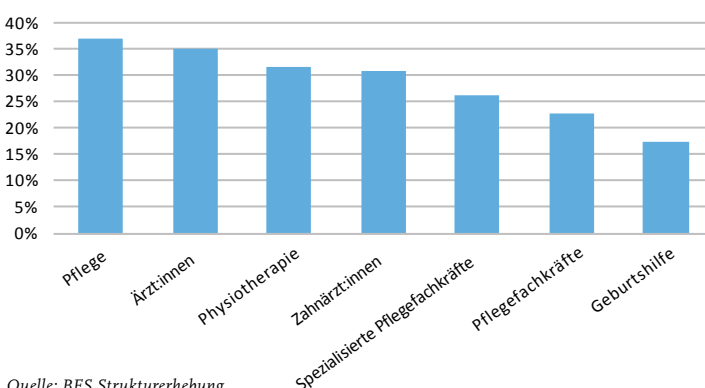
Schon vor dem Brexit-Referendum im Jahr 2016 war der Gesundheitssektor in Grossbritannien, genauso wie derjenige in der Schweiz, von Arbeitskräftemangel betroffen. Doch in den Jahren danach hat sich die Situation dramatisch verschärft. Die Zahl der

Gesundheitsfachpersonen aus der EU ging als Folge des Brexit-Referendums massiv zurück. So sank zum Beispiel die Zahl der im Europäischen Wirtschaftsraum ausgebildeten Pflegekräfte zwischen September 2016 und September 2021 um 28 Prozent. Weil es aber ohne Migrantinnen und Migranten nicht geht, wurde stattdessen Personal aus Drittstaaten rekrutiert. Doch die Migration aus den Drittstaaten reichte nicht aus, um den Fachkräftemangel zu beheben. Im Juni 2022 konnten allein in England mehr als 46 000 Pflegestellen (11,8 Prozent aller Stellen im Pflegebereich) nicht besetzt werden. Zudem waren die neuen Migrantinnen und Migranten im Durchschnitt schlechter qualifiziert als diejenigen, die vor dem Referendum kamen.

Der Rückgang der EU-Arbeitskräfte nach dem Brexit hatte erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen und auf die Versorgungsqualität. Der Personalmangel führte zu einer höheren Arbeitsbelastung der Angestellten, einem starken Anstieg unbezahlter Überstunden sowie einer stärkeren Abhängigkeit von teuren Temporärarbeitskräften. Dies schlug sich unter anderem in höheren Burnout- und Krankenstandsquoten nieder sowie einem deutlichen Rückgang der Job-Zufriedenheit beim Gesundheitspersonal. Die durch den Brexit verursachten Probleme in britischen Spitälern waren so gross, dass sie auch dramatische Auswirkungen auf die Patientinnen und Patienten hatten. Eine im März 2025 publizierte Studie schätzt, dass der wegfallende Pool an europäischen Pflegefachkräften allein in den Notfallstationen britischer Krankenhäuser zu knapp 1500 zusätzlichen Todesfällen pro Jahr geführt hat.

| Daniel Kopp, SGB-Zentralsekretär

Anteil Ausländer:innen in Gesundheitsberufen



Quelle: BFS Strukturerhebung

«Ein Quartal gemischte Post»

Mit diesem Zitat von Christian Morgenstern antwortete der Jubilar auf die Frage, wie es ihm in seinem Arbeitsleben ergangen sei. VPOD-Mitglied Johann Müller hat am 28. Februar 2026 seinen 100. Geburtstag gefeiert, unter anderem mit einem Besuch der Zürcher Stadtpräsidentin. Am Vortag unserer Visite haben in Zürich Wahlen stattgefunden – Kollege Müller hat teilgenommen, wie fast immer in seinem Leben.

Die Mutter war gebürtige Italienerin und arbeitete in Fabriken, der Vater war als Strassenarbeiter bei der Stadt Zürich. Gelernt hat Johann Müller zuerst Buchdrucker. Die Typographen waren stets gut organisiert und erkämpften als eine der ersten Branchen 1907 einen landesweiten GAV.

Als er in die Rekrutenschule musste, tobte noch der Zweite Weltkrieg. Johann Müller

durfte zuerst seine Lehre abschliessen, bevor er in die «Grasmarine» einrückte, zur Infanterie im Zürcher Oberland. Nach dem Krieg erhielt er ein Stellenangebot aus Lausanne – doch es stellte sich heraus, dass der Prinzipal der Firma ein Nazi-Anhänger war. Acht Jahre arbeitete Kollege Müller in der Druckerei der *Neuen Zürcher Zeitung*, wo er auch Mitglied der

Personalkommission war. Die Belegschaft war gut organisiert – viele waren bei den «Roten» (den freien Gewerkschaften des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes), einige aber auch bei den «Gelben» (den christlichen Gewerkschaften) – und dann



VPOD-Kollege Johann Müller hat seinen Hundertsten gefeiert.

gab es noch die «Wilden», die keinem Verband angeschlossen waren.

Als das Druckgewerbe in die Krise geriet, wechselte er zur Zentralbibliothek Zürich, wo er als Bibliothekar dem VPOD beitrug. Bei der ZB blieb er bis zur Pensionierung Anfang der 1990er Jahre. Danach nutzte er die Zeit, seinen Hobbys nachzugehen – speziell dem Klavierspiel, das er auch im Altersheim noch pflegt. Auch

bei den VPOD-Pensionierten war er aktiv. Und wir waren uns einig: Das Engagement in der Gewerkschaft ist wichtig. Johann Müller würde es begrüßen, wenn auch das Personal im Altersheim sich organisieren würde! | Rebekka Wylter (Foto: Alexander Egger)

Wer war's? Emoji Nr.1

Die Lautschrift ist eine recht praktische Erfindung, weil man damit alles schreiben kann, was man auch sagen kann. Auch Dinge, die es gar nicht gibt wie das Einhorn, den schwarzen Schimmel und das ewige Leben. Praktisch alle heutigen Sprachen werden mit Symbolen für ihre akustische Repräsentation wiedergegeben. Obwohl der Ursprung des Schreibens bei Zeichen liegt, die eine bestimmte *Bedeutung* tragen. 5000 oder 6000 Jahre alt sind die ältesten, die mesopotamische Keil- und die ägyptische Hieroglyphenschrift. Der «Vogel» oder die «Axt» lassen hier noch deutlich das gemeinte Objekt durchblitzen.

Aber wie schreibt man jetzt eine neue, nie dagewesene Sache? Oder einen theoretischen Begriff? Zunächst behalf man sich mit dem Rebus-Prinzip, nutzte also die Lautung bestehender Wörter in neuen Zusammensetzungen quasi als Bilderrätsel. Mit der Zeit verliert das Zeichen den Bezug zur Sache und verbindet sich mit dem Klang. Das gilt letztlich auch für die Verschriftung des Chinesischen, wo die Abstammung aus einer Bilderschrift noch allenthalben erahnbar ist. Über 100 000 Silbenzeichen sind dort bekannt, ein paar tausend sind angeblich für den Alltag ausreichend.

Seit einiger Zeit breitet sich neuerlich eine Bilderschrift aus: Emojis kommentieren oder konnotieren Texte im digitalen Verkehr. Eindeutig sind die derzeit 3790 codierten Piktogramme kaum, allenfalls die übelsten mit Kacke und Kotze oder das ursprüngliche Grinsegesicht als Ironie-Marker. Aber wo beispielsweise hellblaue Tränen rinnen oder spritzen, ist nur bei genauerem Hinsehen klar, ob sie einen Kummer oder einen Lachanfall signalisieren. Wer hat's erfunden? Die Ahnenreihe ist dreistufig. Harvey Ball entwarf das klassische lachende Smiley, Scott Fahlman schlug vor, dieses

um 90 Grad gedreht typografisch wiederzugeben. Und Shigetaka Kurita verdanken wir die heutigen Emoji-Standards.

Da und dort wird auch ein Renaissancemaler als Erfinder gehandelt. Am 8. September 1506 schrieb der Mann an seinen Freund Willibald Pirckheimer und setzte mitten in den Brief ein kariertes Gesicht mit Glubschaugen und Lachmund. Emoji Nr. 1? Der Mann konnte auch anders. Beispielsweise einen Feldhasen so malen, wie noch nie zuvor jemand einen Feldhasen gemalt hatte: derart realistisch, dass es uns gelüstet, das Fell zu streicheln, und dass wir kaum zu atmen wagen, weil das Tier dann bestimmt gleich davonhoppelte. Wer war das? Der Name des Malers kommt auf eine Postkarte (*VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich*) oder in eine E-Mail (*redaktion@vpod-ssp.ch*). Unter den richtigen Einsendungen werden am 22. April Büchergutscheine (100, 50, 20 Franken) verlost. | slt

Es war Lena Odenthal

Lena Odenthal ist die dienstälteste «Tatort»-Kommissarin im deutschsprachigen Fernsehen. Ihren Einstand gab sie am 29. Oktober 1989, also noch vor dem Mauerfall! Inzwischen hat Odenthal, zeitweise unterstützt vom Kollegen Kopper, heute an der Seite von Ko-Kommissarin Stern, 83 Fälle gelöst. Die Redaktion war nicht pingelig und liess auch den Namen der dahinterstehenden Schauspielerin gelten: Ulrike Folkerts (geb. 1962). Von Ermittlungsknowhow und Losglück gleichermaßen begünstigt sind: Silvia Stucki Froelicher (Luzern), Renate Kummer (Zürich) und Christine Gleicher (Luzern). | slt

VPOD-Landesvorstand vom 27. Februar 2026

- Der VPOD-Landesvorstand hat im Alterszentrum Kluspark in Zürich getagt und hat
- die politischen Aktualitäten diskutiert: die Kampagne gegen die «10-Millionen-Initiative», ein allfälliges Referendum gegen das sogenannte Entlastungspaket des Bundes, die Pflege-Initiative (Kampf gegen Nichtumsetzung bzw. Verwässerung) und die Kita-Initiative (möglicher Rückzug).
 - den zwischen dem Verband und Luftverkehr ausgehandelten Vertrag über eine Neuregelung des Verhältnisses gutgeheissen und an die DV weitergeleitet. Demnach wird die bisher unselbständige Region VPOD Luftverkehr ein eigenständiger Verein, aber als Kollektivmitglied dem VPOD angeschlossen. Für Geldflüsse und Vermögen einschliesslich Liegenschaften wurden einvernehmliche Lösungen gefunden.
 - die Streikkasse deblockiert für allfällige Kampfmassnahmen bei den Genfer Kinderhorten (Groupement intercommunal pour l'animation parascolaire) sowie bei Stadtbuss Winterthur.
 - eine Bilanz über die grosse Mobilisierung (Demos mit bis 28 000 Personen, 13 Streiktage) der Staatsangestellten im Kanton Waadt im November und Dezember gezogen. Die Streikgelder werden gemäss Beschluss Landesvorstand ausgerichtet und vom Finanzierungsfonds des Verbandes getragen; die Region beteiligt sich mit 50 000 CHF. Die kommende Delegiertenversammlung entscheidet abschliessend. Gleichzeitig wurde eine Steuergruppe für eine Revision des Streikreglements gewählt (Christian Dandrès, VPOD-Präsident; Rebekka Wyler, VPOD-Generalsekretärin; Micha Amstad, VPOD-Finanzchef; Nicolas Wildi, VPOD-Administration; sowie je eine Vertretung aus den Regionen Freiburg und Waadt).
 - die Traktanden für die Delegiertenversammlung des Verbandes vom 28. März festgelegt; u. a. wird eine Resolution zugunsten der iranischen Gewerkschaften diskutiert.
 - in seiner Funktion als Stiftungsrat der VPOD-Sterbekasse eine Besichtigung

des Trigon-Dorfs an der Heuelstrasse vorgenommen.

*Christian Dandrès, Präsident
Rebekka Wyler, Generalsekretärin*

Leserbrief

Lenkende Steuern – aber gescheit!

«Schwäbische Hausfrau? Kein Vorbild!»
VPOD-Magazin vom Februar 2026

In dem interessanten Interview erklärt Professor Graff zum Thema unterschiedlicher Steuerarten, dass zweckgebundene und lenkende Steuern und Abgaben weitherum als suboptimal gelten und dass aus ökonomischer Sicht der Staat Steuern strikt nach Leistungsfähigkeit erheben sollte. Doch ich frage mich, warum es nicht möglich sein soll, das Prinzip Staatsfinanzierung nach Leistungsfähigkeit mit einer Lenkungs-funktion gemäss Verursacherprinzip zu verknüpfen. Man müsste die Konstruktion mit einer progressiven Dynamisierung versehen, so dass einerseits langfristig auch bei verändertem Konsumverhalten ein ausreichender Steuerertrag zur Verfügung steht und andererseits die Entwicklung ressourcenschonender Technologien und Verhaltensweisen gefördert wird. In dem utopischen Gedankenexperiment «Energieorientiertes Steuermodell» – zu finden unter systemvision.ch – ist skizziert, wie so etwas funktionieren könnte.

Rainer Götz, VPOD-Mitglied, Vitznau

Rote Köpfe

Die beiden VPOD-Regionen in Bern (Kanton und Bund sowie Städte Gemeinden und Energie) sind neuerdings unter einem Dach an der Effingerstrasse 19 daheim. Auch personell gibt es ein paar (teilweise nicht mehr ganz so neue) Neuigkeiten. Nach dem Weggang von Meret Schindler gab es auf dem Kantonssekretariat eine mittelgrosse Rochade. Die Neue im Spiel ist **Julia Zurfluh**, seit September schon zuständig für den Langzeitbereich und für den Besuch von Schulklassen. Zuletzt arbeitete die Kollege auf der Redaktion der Fachzeitschrift



von AvenirSocial, war also quasi schon im Anflug. Weil sie aufgrund des Studiums in Freiburg gut französisch kann, möchte sie auch den Jura bernois gewerkschaftlich wiederbeleben. Und überhaupt: den Individualismus überwinden. Quasi eins zu eins ersetzt wurde **Christof Jakob**, der in den wohlverdienten Ruhestand tritt. Sein Dossier Bundespersonal landet bei **Martin Dremelj**, der von der Unia Oberwallis kommt und auch so spricht. 15 Jahre Gewerkschaftserfahrung und eine zupackende, gleichwohl freundliche Art sind keine schlechte Voraussetzung für erfolgreiches Wirken beim VPOD. Und dann war da noch die Frage, wohin eigentlich das scheidende SGB-Öffentlichkeitsarbeits-Duo enteilt. **Urban Hodel** übernimmt (zusammen mit Pauline Cretol) die Co-Leitung des Mieterinnen- und Mieterverbandes. Und **Benoît Gaillard**? Der hat neben seinem Nationalratsmandat (SP, Waadt) noch ein Jöbbli als Verwaltungsratspräsident der Genfersee-Schiffahrtsgesellschaft. Ahoi! | *slt (Fotos: zVg)*



1. Mai: Nein zur Abschottung!

Immer mehr Kriege, Zölle und Katastrophen: Die Unsicherheit in der Welt wächst! Gerade jetzt bringt die SVP eine extreme Initiative an die Urne, mit der die Schweiz ins Chaos gestürzt würde. Ausgerechnet in diesen unsicheren Zeiten sollen die Brücken zu unseren Nachbarn eingerissen werden? Das wäre brandgefährlich. Studien zum radikalen SVP-Experiment sehen eine sinkende Wirtschaftsleistung, weniger Investitionen sowie Entlassungen voraus. Die Einschränkung von Aufenthaltsrecht und Familiennachzug führt zur Prekari-sierung; Lohndumping und Schwarzarbeit wären die Folge. Die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU bedeutet Gefahr für Arbeitsplätze und Lohnniveau! Darum mobilisieren die Gewerkschaften am 1. Mai unter dem Motto «Jobs und Löhne verteidigen – Nein zur Abschottung». | *sgb*

V. verlor zwar die Arbeitsstelle, erhielt dank dem VPOD aber immerhin eine stattliche Entschädigung

Wiedereingliederung gescheitert

Viele Jahre hatte V. in der Verwaltung gearbeitet, als ihn eine schwere Erkrankung in die Knie zwang. Er wollte im Beruf bleiben, aber die Wiedereingliederung gelang nicht. Die gerichtlich erstrittene hohe Abgangsentschädigung deutet auf Fehler des Arbeitgebers hin. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: Janis Abolins/iStock)

Kollege V., der seit vielen Jahren in der Verwaltung arbeitete, erkrankte. Eine Sinnesbeeinträchtigung erschwerte ihm in der Folge die Arbeit, aber er wollte unbedingt im Beruf bleiben. Anfänglich wurde er bei seiner Bemühung um Arbeitsplatzerhalt von allen Seiten gut unterstützt. Die IV sprach ihm eine kleine Rente zu. Damit kam er über die Runden. Als er aber mit der Reduktion des Pensums auch in der Lohnklasse zurückgestuft wurde, wehrte er sich. Seit diesem Zeitpunkt schien alles gegen ihn zu laufen.

Entlassung selbst verschuldet?

Fortgesetzte und systematische Verunsicherung und Demütigung erschwerten die Wiedereingliederung – die Krankheit bekam nun auch eine psychische Dimension. Auch eine für V. schwer verdauliche Entgleisung des Chefs trug das ihre dazu bei. Aus ärztlicher Sicht schien es aber weiterhin möglich, dass V. wieder Fuss fasse. Dazu sei allerdings ein faires und kooperatives Umfeld vonnöten, schrieb der behandelnde Arzt; weitere negative Vorkommnisse vertrage es nicht. Aber solche gab es. V. konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass ein allgemeiner Stellenabbau dazu benützt werden sollte, ihn gänzlich loszuwerden.

Ihm hätte es geholfen, wenn sich der Arbeitgeber zu einer Entschuldigung durchgerungen hätte. Doch dieser wies das Ansinnen von sich. Er sehe nicht ein, wofür er sich entschuldigen müsste; er habe sich schliesslich um V.s Integration bemüht. Tatsächlich wurde die Kün-

digungsabsicht jetzt in die Tat umgesetzt. V. wurde das rechtliche Gehör gewährt; die Lohnfortzahlung endete. Gleichzeitig sah sich V. mit einer Rückforderung konfrontiert: Einen Teil der IV-Rentenleistungen, die nicht mit der vorgeschossenen Lohnfortzahlung verrechnet worden waren, hätte er zurückzahlen müssen.

Hatte V. die Kündigung selbst verschuldet? Der Arbeitgeber war dieser Meinung, und wies jegliches Ersuchen um weitere Lohnfortzahlung ab. Nun wurde es existenziell. V. zog den VPOD bei und erhob via Vertrauensanwalt Beschwerde. Der Anwalt beantragte zudem, V. im Rahmen seines Vertrags mit einem kleinen Beschäftigungsgrad weiterarbeiten zu lassen und ihn in die ursprüngliche – höhere – Lohnklasse zurückzusetzen. Aufschiebende Wirkung wurde der Eingabe nicht zuerkannt. Eine positive Wende trat erst ein, als V. dem Gericht mitteilen konnte, dass er bei einem anderen Arbeitgeber eine – wenn auch befristete – Stelle im Umfang von 40 Prozent antreten könne. An den angestammten Arbeitsplatz werde er also nicht mehr zurückkehren. Fol-



Wiedereingliederung nach Sinnesbeeinträchtigung? Im Fall von V. scheiterte die Bemühung.

gerichtig zog er auch den Antrag auf Weiterbeschäftigung zurück und verlangte stattdessen eine Entschädigung.

Immerhin 10 Monatslöhne

Das Gericht hatte jetzt also zu prüfen, ob es sich bei V.s Entlassung um eine Rache-kündigung handelte, ob sie missbräuchlich war und ob V. eine Entschädigung zustehe. Nach Erwägung unterschiedlicher Aspekte hiess es die Beschwerde teilweise gut. Der Arbeitgeber wurde verpflichtet, V. mit insgesamt 10 Monatslöhnen zu entschädigen, 6 davon unter Abzug der Sozialversicherungsbeiträge, 4 ohne diesen Abzug. Diese im Quervergleich grosszügige Regelung lässt sich dahingehend lesen, dass das Gericht die Schuld für das Scheitern der Wiedereingliederung eher beim Arbeitgeber sah. Verfahrenskosten wurden nicht erhoben; der Arbeitgeber als teilweise unterlegene Partei hatte V. eine Parteienentschädigung zu entrichten.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Die Generation Z kämpft in vielen Ländern für die eigene Zukunft – und vernetzt sich global

1968, digital

Jugendproteste weltweit: Digital vernetzt und blitzschnell mobilisiert, fordern Jugendliche von Bangladesch über Kamerun bis Peru ein Ende von Korruption, Misswirtschaft und Ungleichheit.

| Text: Christina Tsang, Projektkoordinatorin Asienprogramm (Illustration: Isabel Peterhans)

2025 war ein Jahr der Auseinandersetzungen: anhaltende Konflikte in Europa, Asien und Afrika, politische Umwälzungen rund um den Globus. «Gen-Z-Proteste» wurde zum Begriff. Die zwischen 1995 und 2010 Geborenen, heute 15- bis 30-Jährigen bilden die erste Generation, die ein Leben ohne Internet und ohne digitale Technologien nicht kennt. Diese jungen Menschen fordern Veränderung mithilfe von Memes und Hashtags, sie verbinden sich auf Social-Media-Plattformen mit gemeinsamen Symbolen (etwa der Flagge eines grinsenden Totenkopfs mit Strohhut). Und sie reagieren und mobilisieren blitzschnell.

Unvorbereitete Eliten

Jugendliche haben schon oft die Gesellschaft bewegt, von der 68er-Bewegung bis zum arabischen Frühling. Neu sind bei den aktuellen Protesten die digitale Vernetzung und der globale Zusammenhang. So gab es seit Beginn der 2020er Jahre weltweit mehr als ein Dutzend von Jugendlichen angeführte Proteste, die untereinander verbunden waren. Die schnelle Mobilisierung traf alternde Eliten und etablierte, unflexible Institutionen unvorbereitet. In Nepal und in Madagaskar führte dies rasch zu einem Machtwechsel. In anderen Ländern bemüht sich die Bewegung, ohne Führungsfiguren durch das System zu navigieren.

Die Generation Z ist gut ausgebildet, technisch versiert und hat wachsende Ambitionen. Sie sieht sich jedoch mit einem Arbeitsmarkt konfrontiert, der nur begrenzte Möglichkeiten bietet. Demonstrationen sind oft der einzige Weg, den Forderungen

Gehör zu verschaffen. Schnell schlossen sich ihnen Menschen jeden Alters und aus allen Schichten an. Überall begannen die Proteste mit friedlichen Versammlungen, aber die Regierungen schritten teilweise mit harter Hand ein: digitale Unterdrückung, Zensur, Gewalt. In Bangladesch gingen Jugendliche bereits im Sommer

den korrupter Machenschaften –, was die Jugendlichen auf die Strasse treibt. So in Serbien, wo der Einsturz des Betonvordachs am Bahnhof Novi Sad Beleg für Kungelei und Auslöser für Proteste war. Auch in Lateinamerika, namentlich in Mexiko, demonstrierten Jugendliche gegen Korruption und gegen die ungenügende Bekämpfung von Bandengewalt. Die Kontexte mögen unterschiedlich sein; die Proteste weisen aber auch Gemeinsamkeiten auf. So ist die Situation vieler Länder eine Folge des zutiefst zerstörerischen Kolonialismus. Die zentralisierten Strukturen, die nach der Unabhängigkeit von den neuen Eliten übernommen wurden, bildeten dabei einen Nährboden für Vetternwirtschaft.



Jugendliche haben in der Geschichte immer wieder für Veränderung gesorgt. Neu ist ihre weltumspannende Vernetzung.

2024 auf die Strasse – und stürzten die seit 15 Jahren herrschende Premierministerin Sheikh Hasina. Auch quer über den afrikanischen Kontinent kam es zu Protesten gegen autoritäre Regierungen.

In Kenia erhöhte die Regierung wegen wachsender Schulden die Steuern, was angesichts von Armut und politischer Repression zu Protesten führte. In Madagaskar gingen Jugendliche aufgrund chronischer Strom- und Wasserausfälle auf die Strasse. Breite Teile der Bevölkerung schlossen sich ihrer Kritik an. Es gelang, die Regierung zu stürzen und eine Übergangsregierung zu bilden – jedoch unter Führung des Militärs.

Gegen Miss- und Vetternwirtschaft

In zahlreichen Ländern ist es die Korruption – beziehungsweise das Bekanntwer-

Dieselben Ziele

Dazu kommen krisenhafte Umbrüche weltweit, zunehmende soziale Ungleichheit und massive Verwerfungen durch die Corona-Pandemie. Auch davon waren und sind Jugendliche besonders betroffen. Die Klimakrise hängt als Damoklesschwert über allem. Der Ausgang der Gen-Z-Proteste ist offen. Auch wo es Regierungswechsel gab, halten Unsicherheit und Spannungen an; ein Machtvakuum kann auch von autoritären Kräften genutzt werden. Trotzdem: Wenn junge Menschen – die Unter-30-Jährigen stellen in vielen Ländern die Mehrheit – soziale Gerechtigkeit fordern, macht das Hoffnung. Gleicher Zugang zu Wohlstand und Gesundheit, unabhängig von Herkunft, Identität oder Lebensumständen – das sind auch die Ziele von Solidar.

Anja Ibkendanz, Programmverantwortliche Asien, Solidar Suisse, Zürich

Dranbleiben – auch im Gegenwind

Anja Ibkendanz gibt nicht so schnell auf. Das Klima für Internationale Zusammenarbeit wird rauer? Dann erst recht, sagt sich die Kollegin, die bei Solidar Suisse die Projekte in Asien verantwortet.

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

So ein seltener Name ist Fluch und Segen. Ob sie denn Deutsch könne, wird sie gerne mal gefragt, auch im heimischen Sprachraum. Und buchstabieren muss sie den Namen eh überall auf der Welt. Andererseits ist er natürlich ein Alleinstellungsmerkmal. Googeln führt zuverlässig zu ihr: zu Anja Ibkendanz, die auch im garstigen Wind, der Entwicklungsorganisationen 2026 entgegenbläst, die Stellung hält. Und die sich dem Trend zur nationalkonservativen Rückbesinnung ebenso entgegenstemmt wie jenem zur vollkommenen Deregulierung allen Wirtschaftens.

Pragmatische Solidarität

Diese Logik liegt auch in der DNA jener Organisation, für welche die Kollegin mit kurzem Unterbruch seit über 15 Jahren tätig ist. Unter *Solidar Suisse* firmiert eigenständig die Auslandabteilung dessen, was einst als Schweizerisches Arbeiterhilfswerk ins Leben gerufen wurde. Das war anno 1936. Also ebenfalls in einer Zeit weltweiter Krise und verdunkelter Zukunftsaussichten. Auch damals schaute man über den helvetischen Tellerand. In-ter-na-tio-nale So-li-da-ri-tääät? Als Parole ist das schnell skandiert. Den Begriff in die jeweilige Realität zu holen, erfordere etwas mehr Anstrengung, findet Anja Ibkendanz.

«Decent work» heisst auf Englisch eines der zentralen Ziele von *Solidar Suisse*. Man kann das Adjektiv mit «wür-

dig» oder mit «fair» übersetzen. Auch «anständig» trifft es ganz gut. Ob in der Gerberei in Bangladesch oder der Näherei in Kambodscha: Die Beschäftigten sollen von ihrem Lohn ordentlich leben können und weder ihre Gesundheit aufs Spiel setzen noch im Alter oder bei Krankheit darben müssen. Auch das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluss gehört zum Basiskatalog. Für Arbeitsmigrantinnen und für Menschen, die aus politischen Gründen geflohen sind, ist dieser oft schwer durchzusetzen. Aber gerade dort ist *Solidar Suisse* – im Verbund mit lokalen Partnerorganisationen – tätig. Oft sehr pragmatisch. Das Krebsübel Kinderarbeit etwa rotet man nicht mit Leit- und Lehrsätzen aus. Sondern eher, indem man die Unternehmen in die Verantwortung nimmt und Kindern den Schulbesuch ermöglicht.

Die Koordination dieser Projekte in Asien und die Dokumentation für die jeweiligen Geldgeber machen einen Grossteil der Arbeit von Anja Ibkendanz aus. Gewichtige

Finanzmittel sind *Solidar Suisse* jüngst entzogen worden. Nicht nur die Machenschaften von Donald Trump – etwa die Abwicklung von US-Aid – sind dafür verantwortlich, sondern ebenso Kürzungen und Umschichtungen im Schweizer Budget für Internationale Zusammenarbeit. Umso wichtiger wird «Advocacy», also das anwaltschaftliche Lobbying und das hartnäckige Ins-Licht-Rücken jener, denen es – mit Mani Matter zu sprechen – «weniger guet geht». Und das sind, von der Schweiz aus gesehen, fast alle anderen.

Bitterer Kaffee

Apropos Schweiz: Anja Ibkendanz stammt aus Heidelberg und hat – «nicht sehr gradlinig», wie sie sagt – in Berlin studiert und in Agronomie abgeschlossen. Ihre Politisierung lief über die Lateinamerika-Solidarität der 1980er Jahre. In Nicaragua hat sie einst sandinistischen Kaffee geerntet. Und zu sehen, was aus dem einstigen linken Hoffnungsträger Daniel Ortega geworden

ist (nämlich ein korrupter Autokrat), ist eine der bittereren Erfahrungen. Zu den positiven Wendungen gehört die Verlagerung des Lebensmittelpunkts in die Schweiz. Zufall? Eine Liebschaft? Dem Ruf der Berge gefolgt? Anja Ibkendanz nennt als entscheidendes Migrationsmoment ein Jobangebot, dem nicht zu widerstehen war. Aber tatsächlich – «Überall hin wäre ich nicht!» – erleichterte auch die Nähe zu den geliebten Bergen den nie bereuten Ortswechsel.

Folgte dem Wink einer guten Stelle und dem Ruf der Berge: Anja Ibkendanz.





HOTEL RISTORANTE
iGRAPPOLI



SAISONSTART
14. März 2026



**Für Ihren Aufenthalt in Hotel oder Bungalow
20% VPOD-Rabatt (jederzeit gültig)**



Hotel Ristorante iGrappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87
info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

Frühlingsangebot

gültig bis 30. Juni 2026

Pauschal pro Person in

Doppelzimmer Standard zum Preis von CHF 375.-

Doppelzimmer Superior zum Preis von CHF 420.-

NEW!
Klimaanlage

Der Preis beinhaltet:

- 3 Übernachtungen in Doppelzimmer
- 3 Frühstücksbuffet
- 1 „Gourmetmenu“ (Vier-Gänge-Abendessen)
- 2 Drei-Gänge-Abendessen
- 1 Flasche Merlot (pro Doppelzimmer)
- W-LAN
- freie Parkplätze

Angebot auf Anfrage und nach Verfügbarkeit



AZB
8036 Zürich, Postfach



«Wer übernimmt
die Kosten für die Delle
an meinem Auto, wenn
der Verursacher
nicht zahlt?»

Jetzt Multi Rechtsschutz
abschliessen für nur Fr. 138.-
für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod  ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Rebekka Wyler

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 15500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

